



## VERANSTALTUNGEN ZUM TAG DES GEDENKENS AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS 2012

Plenarsitzung und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz  
Konzert in der Kirche St. Bonifaz in Mainz

Heft 54

der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz

ISSN 1610-3432

## IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Verantwortlich: Hans-Peter Hexemer

Leiter der Öffentlichkeitsarbeit

Deutschhausplatz 12

55116 Mainz

Redaktion: Elke Steinwand

Titelgestaltung: Petra Louis, Mainz, unter Verwendung eines

Fotos von Settela Steinbach, Sintiza aus den

Niederlanden, geb. 1934, ermordet 1944 im

KZ Auschwitz-Birkenau, [www.beeldengeluid.nl](http://www.beeldengeluid.nl)

Fotos: Klaus Benz

Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz 2012

Druck: Druckzentrum Lang GmbH & Co KG,

Mainz-Hechtsheim

Der Landtag im Internet: [www.landtag.rlp.de](http://www.landtag.rlp.de)

VERANSTALTUNGEN  
ZUM TAG DES GEDENKENS  
AN DIE OPFER DES  
NATIONALSOZIALISMUS 2012

Plenarsitzung und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz  
Konzert in der Kirche St. Bonifaz in Mainz



## INHALTSVERZEICHNIS

PLENARSITZUNG DES LANDTAGS AUS ANLASS DES GEDENKTAGS FÜR DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS AM 27. JANUAR 2012	5
---	---

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE Landtagspräsident Joachim Mertes	7
--	---

GEDENKREDE „Wir waren eine große Familie, und jetzt ist keiner mehr da.“ Jacques Delfeld, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz	19
--	----

VORTRAG „Anhaltende Diskriminierung – Antiziganismus nach dem Völkermord“ Professor Dr. Wolfgang Benz, Wissenschaftlicher Leiter des Fachbeirats zur Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz der Landeszentrale für politische Bildung, ehem. Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin	29
--	----

ANSPRACHE Ministerpräsident Kurt Beck	47
--	----

AUSSTELLUNG DER NATIONALSOZIALISTISCHE VÖLKERMORD AN DEN SINTI UND ROMA 11. JANUAR BIS 3. FEBRUAR 2012 IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ	55
BEGRÜSSUNG Landtagsvizepräsident Dr. Bernhard Braun	57
EINFÜHRUNG Silvio Peritore, Leiter des Referats Dokumentation im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma Heidelberg	65
KONZERT DER ROMA UND SINTI PHILHARMONIKER UNTER DER LEITUNG VON RICCARDO M. SAHITI AM 26. JANUAR 2012 IN DER KIRCHE ST. BONIFAZ IN MAINZ	75
BEGRÜSSUNG Landtagsvizepräsidentin Hannelore Klamm	77
GRUSSWORT Jacques Delfeld, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz	83



PLENARSITZUNG DES LANDTAGS  
AUS ANLASS  
DES GEDENKTAGS FÜR DIE OPFER  
DES NATIONALSOZIALISMUS  
AM 27. JANUAR 2012







## BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

### LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

ich heiße Sie sehr herzlich zu dieser 20. Plenarsitzung willkommen. Wir begehen sie am Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee. Es ist eine langjährige Übung dieses Parlaments, dass wir an diesem Tag die Menschen mit einer Plenarsitzung würdigen, die nicht mehr unter uns leben durften, weil sie ermordet worden sind.

Zu Beginn möchte ich Ihnen die Einladung zur heutigen Sitzung zeigen: Sie zeigt die Fotografie eines jungen Mädchens, das aus einem Eisenbahnwaggon herauschaut. Das Bild wurde zu einem der bekanntesten Bilder für die Völker-

morde der Nationalsozialisten. Lange Zeit war man der Meinung, es sei ein jüdisches Mädchen. Eigentlich ist es egal, um was für ein Mädchen es sich handelt. In dem Fall aber stellte sich heraus: Es war ein niederländisches Mädchen. Als wir die Einladung gemacht haben, bat ich darum, mehr über das Mädchen in Erfahrung zu bringen, beispielsweise seinen Namen.

Das Mädchen hieß Anna Maria Steinbach. Ihr Vorname in der Gemeinschaft der Sinti lautete: Settela. Anna Maria Steinbach, keine zehn Jahre alt. 1934 geboren, 1944 ermordet.

Settela war das siebte Kind des Geigers und Händlers Heinrich Steinbach und seiner Frau Emilia. Insgesamt hatten sie zehn Kinder. Emilia Steinbach und all ihre Kinder fielen dem Völkermord zum Opfer. Heinrich Steinbach, der Vater, starb 1946 im Alter von nur 43 Jahren an gebrochenem Herzen durch den Verlust seiner ganzen Familie.

Meine Damen und Herren, das Parlament gedenkt heute der Opfer des Nationalsozialismus gemeinsam mit der Landesregierung und zahlreichen Gästen.

Ich begrüße die Damen und Herren Abgeordneten des Landtags. Ich freue mich, dass Herr Ministerpräsident Kurt Beck und die Mitglieder der Landesregierung bei uns sind. Ich begrüße für das Diplomatische Korps den Generalkonsul der Republik Türkei, Herrn Aslan Alper Yüksel, sowie den Vertreter des Generalkonsulats des Staates Israel in München, Herrn Konsul Herzog Edri. Seien Sie herzlich willkommen!

An der Spitze der Vertreter der Sinti und Roma darf ich Herrn Romani Rose, den Vorsitzenden des Zentralrats, unter uns begrüßen sowie die Vertreter des Landesverbandes Rhein-

land-Pfalz. Unter Ihnen sind Überlebende des Völkermordes mit ihren Angehörigen. Einige von Ihnen haben die Deportationen und das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau überlebt, andere haben Jahre der Verfolgung in Verstecken verbracht, in der ständigen Angst, verhaftet und deportiert zu werden. Wir begrüßen Sie alle, Überlebende, Verwandte, Nachkommen, hier in diesem Parlament. Ich danke Ihnen, dass Sie an der heutigen Sitzung teilnehmen, dass Sie es auf sich genommen haben, hierherzukommen und somit auch Ihr Vertrauen in die demokratischen Institutionen unseres Landes zum Ausdruck bringen.

Ich freue mich, dass ich den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz, Herrn Dr. Peter Waldmann begrüßen darf sowie Frau Schindler-Siegreich, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Mainz.

Ich begrüße außerdem als Vertreter der Kirchen in Rheinland-Pfalz: Den Beauftragten der Evangelischen Kirchen, Herrn Dr. Posern, und stellvertretend für die Katholische Kirche Herrn Ordinariatsdirektor Nacke, der das Katholische Büro leitet. Besonders herzlich begrüße ich den Mainzer Ehrenbürger Monsignore Klaus Mayer, der heute vor zwei Jahren eindrucksvoll vor diesem Parlament gesprochen hat.

Unter uns sind auch Professor Dr. Karl-Friedrich Meyer, der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, und der Bürgerbeauftragte Dieter Burgard, den ich zugleich als Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen stellvertretend für alle in der Gedenkarbeit Engagierten hier begrüßen darf.

Ihnen, sehr geehrter Herr Delfeld, gilt jedoch mein ganz besonderer Gruß und Dank. Sie sind der Vorsitzende des Ver-

bandes Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz. Wir kennen uns nun schon viele Jahre. Wir haben die Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband, dem Parlament und der Landesregierung immer gemeinsam gepflegt, um miteinander in eine neue Zukunft zu finden. Uns ist vieles gelungen, vieles muss noch getan werden. Dafür möchte ich Ihnen, lieber Herr Delfeld, sehr herzlich danken.

Als Redner ist Herr Professor Dr. Wolfgang Benz zu uns gekommen, der ehemalige Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin und Leiter des Fachbeirats für Gedenkarbeit Rheinland-Pfalz. Ich bin froh, dass Sie da sind und nachher zu uns sprechen werden.

Wir haben für die Einladung zur Sitzung die Fotografie von Settela Steinbach auch deshalb ausgewählt, weil sich in dieser Aufnahme alles bündelt: die Grausamkeit, weggeführt zu werden, irgendwo hinzukommen, an einen Ort, von dem man nicht weiß, was dort ist, was dort geschieht, die Not von Menschen, die zu vierzigst, fünfzigst für vier, fünf lange Tage oder mehr in einem Güterwagen leben mussten, ohne Wasser und ohne Lebensmittel. – Dennoch, trotz all dieser Grausamkeiten hat der Völkermord an Sinti und Roma lange Zeit im öffentlichen Bewusstsein kaum eine Rolle gespielt. Im Gegenteil: Er wurde verleugnet.

Meine Damen und Herren, die Vorurteile gegen die Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg wurden im Grunde nicht abgebaut. Die Geschichte der „Wiedergutmachungszahlungen“ ist beschämend.

1956 hat der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil die Behauptung aufgestellt, die rassistische Verfolgung der Sinti und Roma hätte erst seit März 1943 stattgefunden. Frühere

Verhaftungen seien keine rassistisch begründeten Verfolgungen gewesen. Diesen Satz muss man sich als Nichtjurist auf der Zunge zergehen lassen. Das heißt also, es lag in den Jahren zuvor etwas anderes vor: ein Dauerverdacht, die so genannten „Zigeuner“ seien kriminell oder Ähnliches.

Was mich als jungen Mann, als Lehrling zehn Jahre später aufgeregt hat, war, dass die Generation der Täter später auch die Generation der Richter war. Dass die gleichen Leute, die als Inspektor oder Oberinspektor bei irgendeiner Stadtverwaltung den Hausrat einer Sinti-Familie verkauft und in Listen für die OFD in Koblenz eingetragen haben, auch diejenigen waren, die später die Wiedergutmachungsanträge entgegennahmen und die dann wieder beurteilten, ob jemand in einem KZ gesessen habe, in einem Arbeitslager als Zwangsarbeiter war oder vielleicht „nur“ in einem Ghetto.

Erst 1963 ist diese Rechtsprechung geändert worden, und es dauerte bis 1982, bis mit Helmut Schmidt erstmals ein deutscher Bundeskanzler den Völkermord an den Sinti und Roma als rassistisch motiviert anerkannt hat.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bemüht, aus dieser Diskriminierung Lehren zu ziehen. Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Rheinland-Pfalz – eine Rahmenvereinbarung zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung der Kultur der Minderheit geschlossen und auch einen Fonds eingerichtet, um diejenigen Opfer zu unterstützen, die zuvor bei allen Entschädigungszahlungen leer ausgegangen waren.

Zur Achtung vor den Opfern gehört aber nicht nur, die Überlebenden zu unterstützen. Es gehört auch dazu, sich die Ge-

schichte ihres Leidens vor Augen zu führen. Vor 70 Jahren, am 16. Dezember 1942, unterzeichnete Heinrich Himmler den sogenannten „Auschwitz-Erlass“. Er wurde zur Grundlage für die Ende Februar 1943 beginnende Verschleppung von 23.000 europäischen Sinti und Roma in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Die Diskriminierungen und Verfolgungen begannen jedoch schon früher. Bereits unmittelbar nachdem die Nationalsozialisten an die Macht gelangt waren, wurden die ersten Sinti und Roma in Konzentrationslager eingewiesen. (...)

Meine Damen und Herren, auch im KZ Osthofen waren zwischen März 1933 und Juli 1934 mindestens drei Sinti aus rassistischen Gründen interniert. Die Verfolgungen nahmen während des Dritten Reiches ständig an Umfang und Härte zu – und sie geschahen mitten unter uns.

Allein am 16. Mai 1940 wurden 100 Mainzer, 90 Wormser und neun Ingelheimer Sinti in das württembergische Sammellager Hohenasperg gebracht. Allein dieses Wort muss Gruseln auslösen. Es ist eine Burg in Baden-Württemberg, die man als Kerker benutzt hat. Hinzu kamen 160 Sinti aus der Pfalz. Von dort aus führte der Weg in die Lager im besetzten Polen.

Die Zeitzeugin Augustine Steinbach, die ihre ersten Lebensjahre im Saarland verbracht hatte, war damals neun Jahre alt. Nach ihrer Verhaftung wurde sie in das Polizeigefängnis in der Klarastraße in Mainz gebracht. Sie berichtet uns: „Wir wußten nicht, wo wir hinkommen werden, bis wir dann im besetzten Polen waren. Wir Kinder hatten sogar noch unsere Schulranzen mitgenommen. Die haben wir nicht brauchen können in Polen. Aber wir wußten ja nicht ... was uns da bevorstand.“



Das würden unsere Kinder heute auch so sagen. Man konnte es auch nicht erahnen.

Meine Damen und Herren, deshalb stellen wir stellvertretend für andere jedes Jahr eine bestimmte Opfergruppe in den Mittelpunkt unserer Veranstaltung und unseres Gedenkens. Die Gruppe der Abgeordneten, die das vorbereitet, hat vorgeschlagen, dass es im nächsten Jahr die Zwangsarbeiter sein werden. Wir wollen damit nicht eine Gruppe der anderen vorziehen. Wir wollen damit nicht aufrechnen, wer mehr leiden musste. Nein, wir wollen nur deutlich machen, wir dürfen von denjenigen, die dort leiden mussten, keinen vergessen.

Meine Damen und Herren, vergessen dürfen wir auch nicht die Zeitzeugen, die nun immer weniger werden. Einer von ihnen war Philipp Benz. Er war der letzte damals noch lebende Angehörige der Lagergemeinschaft ehemaliger Osthofen-Häftlinge und ist am 13. November 2011 im Alter von 99 Jah-

ren verstorben. Er hat sich bei dem Aufbau der Gedenkstätte in Osthofen sehr verdient gemacht. Wir haben ihn von Seiten des Landtags aus auch geehrt – im Rahmen unserer Möglichkeiten. Wir wollten ihn nicht vergessen.

Meine Damen und Herren, nun bitte ich Sie, sich zum Gedenken an die Opfer von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

- Wir denken an Sinti und Roma in ganz Europa, die der verbrecherische NS-Staat entrechtet, verfolgt und in Auschwitz und an vielen anderen Orten ermordet hat.
- Wir denken an die vielen Millionen jüdischen Kinder, Frauen und Männer, die Opfer des Antisemitismus und der Rassenideologie des Nationalsozialismus wurden.
- Wir gedenken auch der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Mitglieder des Zentrums, aller Angehörigen des bürgerlichen Widerstandes und aller Frauen und Männer, die wegen ihrer Weltanschauung als politische Gegner verfolgt wurden.
- Wir denken an Christinnen und Christen aller Konfessionen, die wegen ihrer tätigen christlichen Nächstenliebe verfolgt wurden.
- Wir gedenken der Menschen in den besetzten Ländern, insbesondere Mittel- und Osteuropas, die erniedrigt, ausgebeutet und ermordet wurden.
- Wir denken an die alten, psychisch Kranken und behinderten Menschen, die Opfer der NS-Krankenmorde geworden sind.
- Wir denken an die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.
- Wir denken an die Homosexuellen,
- die Kriegsgefangenen und die Opfer der Militärgerichts-



- barkeit, auch an die eigenen Opfer der eigenen Militärgerichtsbarkeit
- und an alle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Wir dürfen sie nicht vergessen. Wir dürfen das Geschehene nicht in die Vergangenheit schieben. Vielmehr müssen wir alles tun, damit sich solches auch nicht im Ansatz wiederholt. Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz.)

Unsere Gedenkveranstaltungen sollen dazu beitragen, die Opfer in ihrer Menschenwürde wieder anzuerkennen, indem ihre Namen genannt und ihre Geschichten erzählt werden sowie an ihre Kultur und Tradition erinnert wird. Dies gilt besonders für die Sinti und Roma, deren Kultur viel zu wenig bekannt ist.

Wie ich vorhin gesagt habe, hatte das Orchester etwas Probleme mit dem Schnee. Ich heiße die Roma und Sinti Philharmoniker unter der Leitung von Riccardo M. Sahiti nun aber ganz herzlich willkommen! Wer Sie gestern bei dem Konzert in der Bonifaziuskirche gehört hat, der kam mit Begeisterung zurück. Herzlichen Dank, dass Sie da sind!

Meine Damen und Herren, an einem Tag wie diesem nur die Vergangenheit heraufzubeschwören, wäre zu wenig. Im Gedenken muss auch klar werden, was heute zu tun ist und welchen Entwicklungen es entgegenzuwirken gilt. Ich weiß, dass man als Deutscher mit manchen Themen gewissermaßen „mit einem Stein auf der Zunge“ umgehen muss. Aber in vielen Ländern Europas – in unseren Nachbarländern, auch in der Europäischen Union – gibt es weiter Diskriminierung.

gen. Das gilt für Ungarn, wo sie ganz offensichtlich sind. Hier müssen wir als Europäer dafür kämpfen, dass unsere Standards auch dort von der Regierung anerkannt, akzeptiert und umgesetzt werden. Diskriminierungen gibt es auch in Rumänien und in der Tschechischen Republik.

Das Muster ist immer das gleiche: Erst setzt man die Menschen in schlechte Wohnungen, an Orte, die aus baulichen und hygienischen Gründen ein menschenwürdiges Leben kaum zulassen, in den Schmutz, in den Dreck, um dann sagen zu können, ihr seid dreckig und schmutzig.

Dann gibt man ihnen keine Bildungschancen, keine Arbeitschancen. Schon hat man ein Problem, das scheinbar auf normale Art und Weise nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Dann kann man mit restriktiven Mitteln arbeiten.

Meine Damen und Herren, das ist ein Zustand mitten in Europa, den wir nicht akzeptieren dürfen. In einem vereinten Europa ist es für uns eine Pflicht, hiergegen die Stimme zu erheben. Hier bei uns müssen wir alles dafür tun, damit wir hier keine Entwicklungen bekommen, die zu weiteren Diskriminierungen führen. Ich möchte die Situation in Deutschland nicht schönreden. Es ist immer noch so, dass es Benachteiligungen gibt und die Sinti und Roma in schwierigen Verhältnissen leben.

Die Studie über die aktuelle Bildungssituation von Sinti und Roma weist auf diese Situation hin. An der Planung und Durchführung der Studie hat auch eine größere Zahl deutscher Sinti mitgewirkt. Dies zeigt, dass das Bewusstsein für die Bedeutung einer guten Bildung und Ausbildung in der Minderheit vorhanden ist. Die Politik muss nun die Bedingungen schaffen, dass sich Sinti und Roma in dem Bildungs-



system der Mehrheitsgesellschaft heimisch und anerkannt fühlen können. Machen wir uns nichts vor: Vorurteile, die dies verhindern, bestehen auch heute noch.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste, dort, wo wir sind, müssen wir dafür sorgen, dass es keine Diskriminierung gibt. Wir müssen den Mund in unserer Umgebung aufmachen und das sagen.

Ich bin sicher, im rheinland-pfälzischen Landtag findet das Wiederhall. Aber wie hilflos wir sind, hat sich gezeigt, als jetzt die Neonazis eine Mordserie vollkommen unerkannt zehn Jahre lang durchziehen konnten und all unsere Instrumente unscharf und unfähig waren, das zu verhindern. War es nur das geblendete rechte Auge? War es die Gesinnung? War es das Vordenken? Ich möchte hier heute kein Plädoyer für Dieses oder Jenes im politischen Handeln vorschlagen. Aber wir wissen, wir sind dieses Trauma der Neonazis noch nicht los. Wenn Sie sich die Umfragen anschauen, wie junge Menschen

über bestimmte Begriffe denken, wo sie Auschwitz ansiedeln oder gar nicht wissen, dass es das gegeben hat, dann wissen wir, dass noch viel Arbeit vor uns liegt.

Lassen Sie mich am Schluss noch einmal zurückkommen auf das Foto von Settela Steinbach. 1994, fünfzig Jahre nach ihrer Ermordung, erhielt das Mädchen seinen Namen zurück. Zwei Sekunden in einem Dokumentarfilm, den ein jüdischer Gefangener auf Geheiß des deutschen Lagerkommandanten erstellen musste, haben ihr Bild bewahrt. Dieses Bild bewegt uns. Es lässt uns mitleiden, mitfühlen, ermöglicht ein Gedenken mit Herz und Verstand. Wir fühlen und wissen, dass unsere Aufgabe nicht erfüllt ist. Wir müssen immer noch weiter dafür kämpfen, dass es keine Diskriminierung gibt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



## GEDENKREDE

„WIR WAREN EINE GROSSE FAMILIE, UND  
JETZT IST KEINER MEHR DA“

JACQUES DELFELD

VORSITZENDER DES VERBANDES DEUTSCHER SINTI  
UND ROMA – LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Meine Damen und Herren,  
latscho Diwes mare Sinti, latscho Diwes mare Roma!

Es ist eine Ehre für uns alle, dass einige der Menschen, die Jahre ihrer Kindheit in mehreren Konzentrationslagern, auch dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, zubringen mussten, hierhergekommen sind, um bei dem heutigen Gedenken dabei zu sein. Für mich persönlich und als Vorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma ist es eine große Ehre,

dass Sie der Einladung zu dieser Gedenkfeier gefolgt sind. Manche der älteren Menschen haben einen weiten Weg auf sich genommen. Ich danke Ihnen sehr für Ihr Kommen.

Neun Jahre war Frau Augustine Steinbach alt, als sie in Mainz in der Nacht zum 16. Mai 1940 mit ihrer Mutter und ihrer Schwester von der Kriminalpolizei aus der Wohnung in Mainz in der Hinteren Bleiche geholt wurde. Sie versuchte viele Jahre später, sich an Ereignisse zu erinnern, die schon lange zurückliegen, und kann bis heute nicht fassen, was geschehen ist. Mit 100 Sinti aus Mainz wurde sie in die Konzentrationslager und Ghettos im damals besetzten Polen deportiert. Aus gesundheitlichen Gründen konnte sie heute nicht hierherkommen.

Einer von diesen Menschen aber, Herr Ludwig Georg – ich sehe ihn gerade da oben –, ist heute gekommen. Herzlichen Dank, Herr Georg, dass Sie heute gekommen sind!

Herr Georg, Sie waren mit Ihren Großeltern, Ihren Eltern und Ihren fünf Geschwistern auch von dieser ersten Deportation betroffen: im Alter von einem Jahr und acht Monaten herausgerissen aus dem Leben in Mainz und für fünf lange Jahre der täglichen Todesangst ausgesetzt.

Dieser ersten familienweisen Deportation im Mai 1940 folgten weitere, vor allem im Frühjahr 1943 in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Wir alle kennen einzelne Berichte von den katastrophalen Bedingungen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Vom schlimmsten Vorgehen der Wachmannschaften konnten die Überlebenden häufig gar nicht berichten, weil es Situationen gab, die so demütigend und beschämend waren, dass die Menschen nur versuchen konnten, dies alles mit Schweigen

zu vergessen. Die Quälereien, die Angst und der Hunger, denen die Menschen ausgesetzt waren, hatten eine schreckliche Dimension, am schlimmsten jedoch war die Entmenschlichung.

Für die Nazis waren die Bürger, die zu „Fremdrassigen“ gemacht worden waren, keine Menschen, sondern Objekte, die es zu vernichten galt. Die Demütigungen und die Beraubung jeglicher Menschenwürde waren für jeden Einzelnen entehrend, und das Miterleben, wie geliebte Familienangehörige und Freunde ebenso entwürdigt wurden, war noch schlimmer. Das Überleben all dieser Jahre stellte für die einzelnen Menschen keinen Sieg über die Nationalsozialisten dar. Das Überleben war eher eine grausame Last, weil so viele Familienangehörige ermordet worden sind.

Das Vernichtungs- und Konzentrationslager Auschwitz wurde heute vor 67 Jahren von der russischen Armee befreit. Auschwitz steht symbolhaft für den Terror des verbrecherischen Nazistaates. Heute gedenken wir der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz und aller Opfer des beispiellosen totalitären Regimes, welche vom Rassen- und Größenwahn der Nationalsozialisten befreit wurden.

Auch dem Kriegsende wird am 8. Mai in der Bundesrepublik als Tag der Befreiung gedacht. Der Streit über die Frage von Niederlage oder Befreiung war ein langer Prozess in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung. Für die Mehrheit der deutschen Gesellschaft war dieses Jahr 1945 das Verlieren des Krieges, eine Katastrophe, ja die Niederlage schlechthin.

Für die aus welchen Gründen auch immer verfolgten Menschen bedeutete diese Niederlage von Anfang an und im

wirklichen Sinne des Wortes die Befreiung von einer Diktatur. Die Auswirkungen der Verfolgung aus sogenannten rassistischen Gründen sind in der Gemeinschaft der Sinti und Roma bis heute präsent. Die Identität der Kinder und Enkelkinder wurde dadurch entscheidend geprägt – ob in den Familien darüber geredet worden ist oder nicht. Die Erfahrungen, der Verlust, die jahrelange Entmenschlichung waren gegenwärtig. Während die Mehrheit der bundesrepublikanischen Bürger die Niederlage verarbeitet hat, hat die Minderheit der Sinti und Roma ihre Familienmitglieder und ihre Freunde gesucht. Nicht sehr erfolgreich, wie Frau Augustine Steinbach sagte – ich zitiere: „Wir waren eine große Familie, und jetzt ist keiner mehr da.“

Die Menschen, welche überlebt hatten, versuchten, sich aus dem Nichts wieder ein Leben aufzubauen ohne Unterstützung und Hilfe von der Gesellschaft. Im Gegenteil, das an ihnen begangene Unrecht wurde stattdessen geleugnet. Das, was die Nazis in Presse, Rundfunk, Schulen und im Alltagsleben über Juden und Sinti und Roma gelehrt hatten, um die Ausgrenzung zu vollziehen, die aus Menschen am Ende zu vernichtende Elemente machte – diese Haltung revidierte sich für die Sinti und Roma nach 1945 in keiner Weise.

Erst 1982 wurde der Völkermord an unseren Menschen politisch anerkannt, nachdem Überlebende und deren Nachkommen – so wie unser heutiger Gast Romani Rose – 1980 einen Hungerstreik in der Gedenkstätte Dachau durchführten, um auf das Unrecht aufmerksam zu machen. Die Bürgerrechtsarbeit ging gegen diese Fortführung der nationalsozialistischen Praxis der Sondererfassung und Diskriminierung der Behörden vor. Die Menschen, die die Verfolgung aus rassistischen Gründen, die Vernichtung durch Arbeit, die sogenannte „Endlösung“ überlebt haben und in ihre Heimat



zurückgekehrt sind, diese Menschen in ihrer versöhnenden Haltung, in ihrer menschlichen Größe waren und sind Motivation für viele engagierte Personen in ihrem Einsatz für die gleichberechtigte Teilhabe der Sinti und Roma in der Gesellschaft. Sie haben unendlich viel geleistet, indem sie die Völkermordverbrechen der Nazis und deren Konsequenzen für den einzelnen Menschen in die Öffentlichkeit getragen haben. Die historische Aufarbeitung wurde von ihnen selbst in die Hand genommen, und mit dem Wachsen der Bürgerrechtsbewegung zeigten sie neue Wege für das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit auf. Sie haben über die Mechanismen der Diskriminierung und des Rassismus informiert, über Rechtsextremismus und dessen Folgen aufgeklärt, den Abbau von Vorurteilen gefordert und sich in der Gesellschaft und Politik für eine Gleichstellung aller Menschen engagiert. Alles, was man tun kann, haben Sie getan, um die Faust der Wut in eine ausgestreckte Hand der Versöhnung umzuwandeln.

Diejenigen, die heute noch leben, waren als Kinder in den Konzentrationslagern, so wie zum Beispiel Herr Karl Brühl, der im Alter von fünf Jahren mit seinen Eltern und drei Geschwistern deportiert wurde. Er wäre gerne heute auch als Vorstandsmitglied unseres Verbandes gekommen, leider musste auch er kurzfristig aus gesundheitlichen Gründen absagen. Gerne hätte ich ihm für sein wichtiges Engagement in der Arbeit und sein Kommen gedankt. Fünf Jahre war er in Konzentrationslagern im besetzten Polen. Sein Großvater und zwei seiner Brüder sind im Alter von fünf Jahren bzw. der jüngste Bruder im Alter von neun Monaten im Lager gestorben. Er hat immer großen Wert darauf gelegt, dass seine Kinder eine gute Bildung bekommen, und er hat auch ohne Schulausbildung – es war ihm ja verboten, in die Schule zu gehen – erfolgreich die Jägerprüfung absolviert. Heute

kämpft er aber immer noch mit der Ausgrenzung. Sein Sohn wurde zum Beispiel in der Probezeit entlassen, weil dem Chef bekannt wurde, dass er ein Sinto ist. Seine Enkelkinder werden in der Schule nicht gleichberechtigt behandelt. Sein Nachbar fotografiert die Familienmitglieder und teilt auf Nachfrage mit: „Wir sind hier in Deutschland, wir dürfen das.“ – Für seine Nachbarn ist Herr Brühl also kein deutscher Staatsbürger!

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren des rheinland-pfälzischen Landtags und der Landesregierung, Ihre Initiative, heute zum feierlichen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus die Minderheit der Sinti und Roma in den Mittelpunkt zu stellen, ist das erneute Zeugnis für den Willen der politisch Verantwortlichen, die nationalsozialistischen Völkermordverbrechen an unserer Minderheit in das historische Gedächtnis der Bundesrepublik einzubeziehen. Nur noch wenige der Überlebenden der Konzentrationslager können diese moralische Anerkennung erfahren, die ihnen von der deutschen Öffentlichkeit und Politik allzu lange verweigert worden ist. Die Anerkennung ist aber nicht nur für die Opfer selbst wichtig, sondern auch für alle ihre Nachkommen. Diese Anerkennung ist Teil der gesellschaftlichen Aufgabe, die Last der Geschichte auf der Seite der Opfer nicht bei ihnen allein zu belassen, sondern einen Teil dieser Bürde mit ihnen gemeinsam zu tragen.

Jeder ist aufgefordert, bei Ausgrenzung und Beleidigung gegenüber Minderheiten einzuschreiten und keine Menschenrechtsverletzungen zu dulden. Das heißt auch, Courage zu zeigen und die Stimme gegen Rassismus und Diskriminierung zu erheben. Es bedeutet, sich bei Demonstrationen gegen den Rechtsextremismus zu stellen, den respektvollen

Umgang mit allen Menschen im Lebensalltag einzufordern und die Würde jedes einzelnen Menschen zu wahren und nicht anzugreifen.

Meine Damen und Herren, immer mehr Enkelkinder der Überlebenden bekennen sich in ihrem Umfeld wieder zu ihrer Identität als Sinti oder Roma. Sie gehen ein Risiko ein, und sie wissen das. Sie fürchten die Konsequenzen und wollen aber doch nicht hinnehmen, dass sie einen wichtigen Teil ihres Menschseins verheimlichen sollen. Das macht Mut und ist auch eine Auswirkung der Anerkennung der Politik und der Bürgerrechtsarbeit, die es erreicht hat, dass doch in einem bestimmten Rahmen und in vielen gesellschaftlichen Bereichen ein spürbarer Wandel im Umgang mit unserer Minderheit eingesetzt hat. Leider müssen sich aber auch noch viele gerade bei der Ausbildung, beim Studium, bei der Wohnungssuche und am Arbeitsplatz verleugnen. Gemeinsam muss das Erreichte vor dem Hintergrund der besonderen historischen Verantwortung weiterentwickelt werden und die Wahrnehmung der Minderheit der Sinti und Roma als ein fester Bestandteil von Geschichte und Kultur unseres Landes gefestigt werden. Eine Konsequenz aus dieser Verantwortung ist die Anerkennung der deutschen Sinti und Roma als nationale Minderheit gemäß dem Europäischen Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Aufnahme unserer Sprache, des Romanes, in die Europäische Charta für Minderheiten- oder Regionalsprachen. Eine wichtige Aufgabe ist mit der verbindlichen Festlegung unserer Minderheitenrechte in der Rahmenvereinbarung realisiert worden, die das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2005 mit dem Landesverband abgeschlossen hat.

Sinti und Roma sind seit 600 Jahren in Deutschland. Sie sind deutsche Staatsbürger, aber sie haben erneut und massiv

Angst vor Übergriffen. Die Verfolgung der Sinti und Roma gehört nicht der Vergangenheit an. Man denke – wie bereits erwähnt – an die Mordanschläge in Ungarn, die rassistischen Ausschreitungen in Bulgarien, die Ausgrenzungen und Verfolgungen in den südosteuropäischen Staaten. Die seit November letzten Jahres bekannt gewordenen Morde der Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds haben uns wieder eindringlich vor Augen geführt, welche mörderischen Folgen rassistische Hetze haben kann.

Über Menschenrechte müssen wir uns immer wieder verständigen. Hier sind die Mitgliedstaaten der gesamten Europäischen Union gefordert, mit der Umsetzung der sogenannten „Straßburger Erklärung“ differenzierte politische Vorgaben und Maßnahmen gegen Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und Gewalt zu entwickeln und ein jeweils nationales Strategieprogramm auszuarbeiten, um die Lebenssituation in allen europäischen Mitgliedstaaten für die ethnische Minderheit der Sinti und Roma grundlegend und nachhaltig zu verbessern.

Es ist an der Zeit, dass der Antiziganismus vonseiten der Politik und der Gesellschaft ebenso konsequent geächtet wird wie der Antisemitismus und die Regierungen und staatlichen Stellen die Repräsentanten der Sinti und Roma als gleichberechtigte Partner im politischen Dialog begreifen und gemeinsam mit ihnen konkrete und nachhaltige Lösungen entwickeln.

Gemeinsam mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz wollen wir, der rheinland-pfälzische Landesverband Deutscher Sinti und Roma, hier in unserer Landeshauptstadt Mainz das Ziel eines gemeinsamen Gedenkortes für die Ermordung und Entmenschlichung aus ras-

sischen Gründen verfolgen. Wir wollen ein deutliches Signal der Gemeinsamkeit setzen und hoffen auch hier auf Ihre Unterstützung.

Für das heutige Gedenken bezeuge ich meinen Respekt und meinen Dank in der Hoffnung, dass von der heutigen Würdigung unserer Opfer ein sichtbares politisches und gesellschaftliches Signal ausgeht, nämlich für die gleichberechtigte Teilhabe unserer Minderheit in der Gesellschaft.

Ich möchte mit einem Gedicht des italienischen Sinto Spino Spinelli schließen. Lassen Sie es uns allen Opfern des Nationalsozialismus widmen.

Ich zitiere:

„Auschwitz

Eingefallenes Gesicht  
erloschene Augen  
kalte Lippen  
Stille  
ein zerrissenes Herz  
ohne Atem  
ohne Worte  
keine Tränen.“





## VORTRAG

### „ANHALTENDE DISKRIMINIERUNG – ANTIZIGANISMUS NACH DEM VÖLKERMORD“

PROFESSOR DR. WOLFGANG BENZ

Sehr verehrte Überlebende nationalsozialistischer Verfolgung, die heute hier hergekommen sind!

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, verehrte Damen und Herren!

Dem Erinnern und Gedenken an den nationalsozialistischen Völkermord muss der Wissenschaftler die unerfreulichen Fakten anhaltender und neuer Diskriminierung der Sinti und Roma hinzufügen. Sinti und Roma bilden die größte Minderheit in Europa, charakterisiert durch autochthone Kultur, eigene

Sprache und Randständigkeit. Die jeweilige Mehrheitsgesellschaft nimmt sie eher als Sozialproblem wahr und bringt ihnen traditionell erhebliche Ressentiments entgegen, die als negative Zuschreibungen und Feindbilder artikuliert und agiert werden. Sinti und Roma sind, wie Umfragen seit Jahrzehnten zeigen, nicht nur in Deutschland die mit Abstand am meisten diskriminierte Bevölkerungsgruppe.

Antiziganismus lautet die Bezeichnung des Vorurteils, vergleichbar dem Begriff Antisemitismus, der Vorurteile und Feindschaft gegen die Juden umschreibt. Auch Antiziganismus ist ein schiefer Begriff, in dem die Wurzel „Zigeuner“ deutlich zu erkennen ist. Dieses Wort benutzen wir aus guten Gründen nicht mehr.

Zu beobachten – damit bin ich beim Thema – ist aber neuerdings das Plädoyer für die Verwendung des überholten Begriffes. Allerlei Argumente werden angeführt, wie dieses, dass man sie doch immer so genannt habe, die „Zigeuner“. Oder jenes, dass irgendwo ein Sinto oder eine Romni gesagt haben soll, sie seien doch „Zigeuner“ oder – je nach Region – „Gipsys“ oder „Gitanes“.

Man wundert sich, was das Beharren Außenstehender auf einer von den damit Gemeinten als pejorativ, als verächtlich abgelehnten Bezeichnung für einen Zweck hat. Man muss fürchten, dass die unselige Pseudowissenschaft der Ziganologie, die sich anmaßt, das Wesen der Volksgruppe mit Stereotypen und Klischees zu erklären, wieder aufersteht. Hat denn nicht eine jede Gemeinschaft das Recht auf ihren Namen, auf den Namen, den sie bevorzugt?

Die Nationalsozialisten nahmen sich als Auftakt der Diskriminierung und der Verfolgung das Recht zu bestimmen, wer



Jude sei, und sie definierten die Angehörigen der Minderheit nach den rassistischen Kategorien der NS-Ideologie. „Zigeuner“ nannten sie natürlich „Zigeuner“. Das war verächtlich und beleidigend gemeint.

Die Bezeichnung war üblich, bis die Angehörigen der Minderheit sich in einer Bürgerbewegung sammelten und auf ihrem Recht bestanden, selbst zu bestimmen, wie sie genannt werden wollten. Wir sprechen deshalb heute von Sinti und Roma und bezeugen damit den Angehörigen einer Volksgruppe das Minimum an Respekt, das allen Bürgern gebührt.

Immer noch aber sind – wenn Sie jetzt das Wort „Zigeuner“ von mir hören, steht es selbstverständlich immer in Anführungszeichen – „Zigeuner“ ein beliebtes Genre, deren Folklore sich als literarisches Sujet, als Feature, als Sachbuch mit scheinbar aufklärerischem Anspruch, als Reportage oder in anderer Form ausbeuten lässt. Im günstigsten Falle ist Empathie – vergleichbar dem Philosemitismus der Beflissenen – die Triebkraft, sich mit dem Leben dieses Volkes zu beschäftigen. Im schlimmsten Fall sind es Ressentiments gegen die Minderheit, die in böser Absicht agiert werden. Dann spricht man von Antiziganismus.

In der Wahrnehmung der Mehrheit gehören zum Bild der Minderheit das ungebundene Leben fern moderner Zivilisation, die Metaphern Stehlen, Betteln, Wahrsagen, Musizieren und die Konnotation triebhaft ausgelebter Sexualität. Als Opernstoff oder im Ölbild als trivialem Träger des Klischees der lockenden spanischen Romni ist die Metapher immer noch allgegenwärtig.

Wolf Wondratschek bemüht in seinem pathetischen Carmen-Gedicht die andalusische Zigeunerin als Metapher für das

Weiblich-Animalische: Carmen ist die begehrteste, unzählbare, rätselhafte, von Trieben gesteuerte Frau, die Verkörperung der Ursehnsucht des Mannes, der ihren „begehrtesten schlechten Charakter“ liebt, nicht von ihr loskommt, sie in allen Frauen sieht, aber nie mehr findet. Ein Beispiel für eine besonders beliebte und besondere wirkungsvolle Form von Mystifizierung.

In der Mythisierung sind trotz signifikanter Unterschiede Parallelen zum Judenbild der Mehrheitsgesellschaft, wie es in Literatur, Kunst, öffentlichem Diskurs tradiert ist, zu erkennen. Wurde der Jude im negativen Sinn als Händler und Schieber, als Fremder und mit unerwünschten Eigenschaften und Merkmalen Ausgestatteter wahrgenommen, so gehören das Bild der schönen Jüdin, das Stereotyp vom reichen Juden, die Vorstellung besonders ausgeprägten Intellekts und künstlerischer Eigenschaften in der jüdischen Minderheit zur Wahrnehmung der Mehrheit. So enthält auch das Bild von Sinti und Roma begehrteste, Neid stimulierende Elemente. Sympathie wird dadurch freilich nicht gestiftet.

Sinti und Roma sind Objekte bestimmter Vorurteile, nach denen sie zum Beispiel den Eigentumsbegriff der Mehrheit nicht teilen würden, sexuell zügellos, aus angeborenem Freiheitsdurst nicht sesshaft zu machen seien, als Konfliktlösung nur Gewalt akzeptierend, nicht an die Lebensformen der Mehrheitsgesellschaft zu gewöhnen, also nicht zu integrieren seien. Die ausgrenzenden Vorurteile haben dann unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenswelt der davon Betroffenen. So wird „Zigeunern“ nachgesagt, sie lehnten bürgerliche Wohnformen ab, weil sie lieber nomadisieren würden. Man vermietet ihnen also keine Wohnung, weil sie das Parkett aufreißen und daraus Lagerfeuer machen. Tatsächlich steht aber die Verweigerung der Wohnung dafür,

dass man Sinti und Roma zur Nichtsesshaftigkeit zwingt. Das gilt dann wiederum als scheinbar konstitutives Merkmal der Gruppe und wird ihr als wesenseigen vorgehalten. Herr Delfeld hat in seiner Ansprache schon ein drastisches Bild für diese Konstellation gebraucht.

In der Belletristik werden die Roma in der Regel als kindhaftes Volk gezeichnet, das die Errungenschaften moderner Zivilisation nicht begreift und deshalb hartnäckig ablehnt. Die „Zigeuner“ – so die öffentliche Meinung der Mehrheit – verweigern sich gegen die Gesellschaft, in der sie leben, und machen sich dadurch einerseits schuldig, andererseits sind sie dadurch auf exotische Weise attraktiv. Die Skala reicht von der lockenden und lasziven jungen bis zur hexenartigen wahrsagenden alten „Zigeunerin“.

Untrennbar ist die Vorstellung des männlichen „Zigeuners“ mit Musik, mit Pferden, mit Stolz verbunden. Die Bilder vom kindlich unbeschwertem Naturvolk, von den dem Augenblick hingeebenen Naiven, die in einer Gegenwelt zum Fortschritt und zur Zivilisation glücklich leben, finden wir klassisch und exemplarisch formuliert bei Hermann Hesse in „Narziß und Goldmund“:

„Keinem Menschen gehorsam, abhängig nur von Wetter und Jahreszeit, kein Ziel vor sich, kein Dach über sich, nichts besitzend und allen Zufällen offen, führen die Heimatlosen ihr kindliches und tapferes, ihr ärmliches und starkes Leben. Sie sind die Söhne Adams, des aus dem Paradies Vertriebenen, und sind die Brüder der Tiere, der Unschuldigen.“ Das ist Poesie.

Solche Metaphern sind – obwohl ohne böse Absicht geprägt – willkommene Instrumente der Ausgrenzung: Das Vorurteil

vom kindhaften Naturvolk rechtfertigt den Ausschluss aus der Gesellschaft der Mehrheit, legitimiert scheinbar Bevormundung, Abneigung und Verfolgung, weil die konstruierten Bilder von der Minderheit sich selbst bestätigende Kraft und Wirkung haben. Vorstellungen über die vermeintliche Welt der „Zigeuner“ sind längst in die Konsumwelt eingedrungen und bestimmen mit Attributen wie rassig, feurig, pikant das Bild, das sich die Mehrheit von der Minderheit machen will.

Die Tradition der Klischees ist ungebrochen. 1990 erschien ein Buch mit dem Titel „In meiner Sprache gibt's kein Wort für morgen“, in dem das unbeschwerte, ganz dem Augenblick hingeebene vermeintliche „Zigeunerleben“ als Collage einschlägiger Stereotypen geschildert wird. Auch die Empathie stiftende Geschichte von Jenö, dem Zigeunerjungen, der mit einem Gleichaltrigen der Mehrheitsgesellschaft bis zur Deportation durch die Vollstrecker des nationalsozialistischen Völkermords befreundet ist, löste Vorurteile nicht auf, sondern festigte sie.

Der Text von Wolfdietrich Schnurre war lange Zeit Schullektüre, ehe sich Kritik erhob, weil Jenö und „seine Leute“ mit allen Eigenschaften des bürgerlichen Negativbildes ausgestattet waren: Sie stahlen, übten Magie, arbeiteten als Rosstäuscher und Betrüger, waren verwahrlost. Der Text lebt von solchen Zuschreibungen, die der Autor als „andere Sitten“, als Kultur der Minderheit propagiert. Vor allem aber schreibt die Geschichte damit die negativen Stereotypen über die Minderheiten fest. Generationen von Lehrern haben in besserer Absicht dieses Buch als Schullektüre genommen, um Empathie für eine verfolgte Gruppe von Bürgern zu stiften.

Für die Tradierung und ständige Neubelebung des Vorurteils gegenüber Sinti und Roma spielen also Literatur, Informa-

tions- und Unterhaltungsmedien eine so zentrale Rolle, wie sie gegenüber keiner anderen Minderheit zu konstatieren ist. Gegenüber Juden wurde das Ressentiment erst durch Religion, dann durch „Rasse“ begründet und entsprechend ideologisiert. Gegenüber Muslimen werden Religion und Kultur instrumentalisiert. Roma werden als atavistische ethnische Gruppe zugleich romantisierend verklärt wie als unzivilisiert und nicht zivilisierbar stigmatisiert.

Mit der Romantisierung in der Belletristik geht die Dämonisierung der ethnischen Gruppe einher, die bis ins Mittelalter zurückreicht. Das negative Bild wurde nicht nur durch Literatur und durch volkstümliche Überlieferung, sondern auch mithilfe der Wissenschaft verbreitet. Ende des 18. Jahrhunderts wurden Erklärungen für das Wesen des „Zigeuners“ populär, die das Konstrukt „Rasse“ benutzten. Von der Kriminalbiologie des 19. Jahrhunderts, die Repressionsgründe gegen die Minderheit lieferte, führte der Weg zur nationalsozialistischen Verfolgung. Die Ressentiments wurden im 19. Jahrhundert durch administrative Maßnahmen politisch propagiert. Aus der Überzeugung, es existiere eine „Zigeunerplage“ wurden rigide Aufenthaltsbeschränkungen und Kontrollen verfügt, polizeiliche Willkür vollstreckte die Abneigung der Mehrheit gegen die Minderheit.

Die Verweigerung des Wohnrechts machte die Gruppe zu Nomaden. Damit bestätigte sich das Vorurteil der Nichtsesshaftigkeit aus angeblich rassistisch angelegtem Freiheitsdrang. Gleichzeitig blieb die Minderheit durch die Ausgrenzung aus der mehrheitlich-bürgerlichen Lebenswelt auf traditionelle Erwerbsformen wie den Hausierhandel, das Musizieren, den Bau von Musikinstrumenten, den Handel mit Schrott oder mit Antiquitäten und die Schaustellerei fixiert, was wiederum gegen die Gruppe ausgenutzt wurde.

Die nationalsozialistische Rassenideologie setzte dann nur die Politik der Ausgrenzung fort und entwickelte die Tendenz zur Ghettoisierung. Viele große Städte richteten lagerartige Plätze ein, die teilweise bewacht waren, immer elend gelegen, oft an tabuisierten Orten wie in der Nähe von Friedhöfen oder bei Kläranlagen. Obwohl sie nicht ausdrücklich erwähnt wurden, galten die Nürnberger Rassengesetze seit 1935 auch für die Minderheit der Sinti und Roma und machten sie zu Staatsangehörigen minderen Rechts, was sie – nebenbei gesagt – unausgesprochen ja schon immer waren.

1938 wurde im Reichskriminalpolizeiamt eine „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ eingerichtet. Heinrich Himmler, in dessen Zuständigkeit als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei die Sinti und Roma geraten waren, verfügte am 8. Dezember 1938, dass die „Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus“ erfolgen müsse, und zwar auf der Grundlage der „durch rassenbiologische Forschungen gewonnenen Erkenntnisse“. Die notwendigen Unterlagen hatten Wissenschaft und Kriminalpolizei zu liefern. Das waren unter der Leitung eines Dr. Robert Ritter die Mitarbeiter der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ des Reichsgesundheitsamtes.

Die Ausrottung der unerwünschten Minderheit gehörte zu den Intentionen nationalsozialistischer Rassenpolitik. Ein Schritt dazu sollte die Übertragung der Strafverfolgung und des Strafvollzugs gegen „Fremdvölkische“ an die SS sein. Das wurde ab September 1942 diskutiert und hatte die Wirkung, dass Sinti und Roma de facto vollkommen rechtlos wurden, das heißt der Willkür von Polizei und SS ausgeliefert waren. Ab Herbst 1939 diente der Krieg dem nationalsozialistischen Regime als willkommener Hintergrund, vor dem sich die geplante Vernichtung unerwünschter Minderheiten

durchführen und der Öffentlichkeit – soweit es sein musste – gegenüber begründen ließ. Am 2. September 1939 wurde das „Umherziehen von Zigeunern und nach Zigeunerart wandernden Personen“ im Grenzgebiet des Deutschen Reiches verboten. Das war als Kriegsmaßnahme begründet; am 17. Oktober 1939 befahl das Reichssicherheitshauptamt, dass „Zigeuner und Zigeunermischlinge“ ihren Wohn- oder Aufenthaltsort nicht mehr verlassen durften. Mit diesem „Festschreibungserlass“ begann die letzte Stufe der Verfolgung.

Den lokalen Polizeibehörden war die Aufgabe übertragen, Sinti und Roma zu zählen – deshalb waren diese zur Sesshaftigkeit verpflichtet worden – und nach Kategorien der Rassenpolitik und der sogenannten „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ zu klassifizieren. Ende September 1939 war beschlossen worden, die auf deutschem Boden vermuteten „30.000 Zigeuner“ wie die Juden zunächst nach Polen zu deportieren. Die Vertreibung der Unerwünschten ins gerade eroberte und unterworfenen Polen war wiederum der erste Schritt zu ihrer Vernichtung: In den Ostgebieten, die wie Kolonien beherrscht und behandelt wurden, konnte der geplante Massenmord besser vollzogen werden; denn Rücksichten auf die Zivilbevölkerung erschienen kaum nötig.

Am 16. Dezember 1942 erließ Himmler als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei den Befehl, der den Genozid systematisierte. Alle „zigeunerischen Personen“ sollten in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert werden. Unter Geheimhaltung wurden die Betroffenen familienweise verhaftet, ihr Eigentum mussten sie zurücklassen. Ausweise, Geld, Wertgegenstände wurden konfisziert, also geraubt.

Über Gefängnisse und Zwischenlager kamen die Sinti und Roma nach Auschwitz-Birkenau, in ein abgegrenztes Areal

des Vernichtungslagers, wo sie unter entsetzlichen Umständen lebten. Die Gefangenen waren sogenannten „rassenpolitischen Forschungen“ ausgeliefert, auch dem berühmten KZ-Arzt Mengele, der viele von ihnen zu pseudowissenschaftlichen Experimenten missbrauchte.

In einer Nacht Anfang August 1944 wurde das ganze „Zigeunerlager“ Auschwitz liquidiert. Der Völkermord an Sinti und Roma wurde aber an vielen Orten des nationalsozialistischen Herrschaftsgebietes begangen, in den Vernichtungslagern Auschwitz, Chelmno/Kulmhof, Treblinka, Majdanek auf polnischem Boden, durch Massenexekutionen in Polen und im Baltikum, in Kroatien und Serbien, in der Ukraine, auf der Krim.

Aus formalen und juristischen Gründen wurde die Verfolgung der Minderheit der Sinti und Roma in Deutschland nach 1945 lange Zeit ignoriert oder verharmlost. Die alten Vorurteile wirkten weiter, und so bestand die stillschweigende Übereinkunft, diese Minderheit, die Minderheit der Sinti und Roma, sei eigentlich zu Recht verfolgt worden; denn sie sei von ihrer Konstitution her asozial und kriminell.

Die Ausnützung uralter Vorurteile zur Stigmatisierung der Angehörigen einer Minorität war ein über den Zusammenbruch des NS-Staats hinaus wirkendes Unrecht. Noch im Jahr 1956 kam der Bundesgerichtshof zu der Feststellung, die das Verhalten der Mehrheit bei der Verweigerung von Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen zu sanktionieren schien – Zitat Bundesgerichtshof:

„Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und zu Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor fremdem Eigentum, weil



ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“ So urteilt das oberste deutsche Gericht elf Jahre nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Unrechtstaats.

Weitere Ressentiments beherrschten die Verantwortlichen, die nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes für die Aufarbeitung des begangenen Unrechts zuständig waren. Sie zogen sich aus der Affäre mit dem Argument, den Sinti und Roma hätte die erlittene Verfolgung weniger ausgemacht als anderen Menschen, da sie von Natur aus unempfindlicher, stumpfer und deshalb zu größerem Leiden fähig seien. Solche Vorurteile bekamen die Verfolgten noch zu spüren, als sie in den 60er und 70er Jahren Renten für erlittene Gesundheitsschäden beantragten.

Ein Medizinprofessor kam als Gutachter im Jahre 1971 zu dem Schluss, die Mutter von drei Kindern, die im KZ alle Kraft auf deren Rettung verwandt hatte, könne keine dauernden Folgen ihrer Leidenszeit davongetragen haben. Seine Folgerung lautete – wörtlich –:

„Die sofortige Wiedervereinigung mit dem Ehemann nach der Befreiung und die alsbaldige Wiederaufnahme des gewohnten Wander- und ‚Berufslebens‘ wird ferner dazu beigetragen haben, dass eine etwaige reaktive depressive Dauerverstimmung, wie sie gelegentlich nach so langer KZ-Lagerzeit beobachtet wurde, nicht zur Entwicklung kommen konnte.“ Ende dieses blamablen Zitats.

Als Spätfolge von KZ-Haft sind Medizinern und Psychiatern die Symptome der Entwurzelungsdepression geläufig. Aber Sinti und Roma haben nach Überzeugung dieser Experten offenbar wesensmäßig und traditionell weniger Leidensfä-

higkeit als andere Menschen: Ein Sinto, der 18-jährig im Jahre 1938 ins KZ geriet und sieben Jahre lang inhaftiert war, bekam 1971 bescheinigt, die Voraussetzung für eine Entwurzelung im medizinischen und psychiatrischen Sinn sei bei ihm – wörtlich – „nicht in dem Umfang gegeben, wie bei dem Personenkreis, der aus einem festgefügtten sozialen Rahmen gerissen wurde“. Deshalb müsse man bei ihm auch unterstellen, dass – wieder wörtlich – „aufgrund seiner Herkunft die Schwelle der eben noch zu ertragenden unzumutbaren seelischen Belastungen höher anzusetzen ist als bei denjenigen, die in einem festgefügtten sozialen Rahmen lebten“. Ende des Zitats aus dem medizinischen Gutachten.

Anders als die Juden konnten Sinti und Roma lange Zeit nach ihrer Verfolgung noch kaum auf Hilfe und Verständnis rechnen. Die deutschen Entschädigungsbehörden argumentierten bis in die 70er Jahre hinein im Einklang mit Politikern und der öffentlichen Meinung gegenüber Wiedergutmachungsansprüchen wegen erlittener Verfolgung, die sogenannten „Zigeuner“ seien vor allem als Kriminelle und Asoziale in die Konzentrationslager gekommen und Opfer staatlicher Maßnahmen geworden, mit anderen Worten, sie seien selbst an ihrem Schicksal schuld.

Wurde das Judenbild der Mehrheit in Deutschland nach dem nationalsozialistischen Genozid durch die Opferrolle der Juden und durch Gefühle der Scham und Schuld in der Mehrheitsgesellschaft neu geprägt, so blieb die stereotype negative Wahrnehmung der Sinti und Roma – von einigen, auch schon angedeuteten unzulänglichen literarischen Versuchen abgesehen – unverändert. Das weitgehend statische Bild war im Negativen charakterisiert durch die Vermutung konstitutiver Kriminalität und habituellen „asozialen“ Verhaltens. Dafür finden sich in der deutschen Nachkriegspu-



blizistik reichlich Belege. Im Frühjahr 1959 berichtete die Illustrierte „Stern“ über einen Aussiedlertransport aus Polen, mit dem 331 „Zigeuner“ – wie selbstverständlich noch geschrieben wurde – in Schleswig-Holstein ankamen. Eine dreiseitige Fotoreportage war dem „fahrenden Volk“ gewidmet: „Die Zigeuner sind da! Aber sie sind eine unerwünschte und unerwartete Zugabe zu den Aussiedlertransporten, die seit Dezember 1955 im Rahmen einer gemeinsamen Aktion des Deutschen und des Polnischen Roten Kreuzes auf dem Zonengrenzbahnhof Büchen eintreffen.“

Zu den Eindrücken des „Stern“-Reporters gehört, dass „die Zigeuner“ nur drei Wochen auf ihre Ausreisegenehmigung warten mussten – wörtlich –, „die Deutschen“ dagegen oft zehnmal so lange. Mit Momentaufnahmen werden die Erwartungen des Lesers bedient: „Katzenschnell will eine der kleinen Mädchengestalten – die meist schon Mütter mehrerer Kinder sind – unter der Postenkette des Grenzschutzes hindurchwischen. Diese Absperrung ist ihr unheimlich. Sie

versucht, einem ungewissen Etwas zu entgehen, vor dem sie der ererbte Instinkt warnt. Dem ganzen Volk ist dieser Instinkt zu Eigen, als notwendiges Gegengewicht zu der krassen Außenseiterrolle, die es seit jeher in Europa spielt; einem Volk, dessen einziges Schicksal immer wieder ‚Flucht‘ heißt.“

Das war möglicherweise gar nicht so böse gemeint, ging aber, jedenfalls, was den Transport von Klischees und Stereotypen betrifft, voll daneben.

Solche Versuche von „Einführung“ findet man in einschlägigen Reportagen, Features oder sogenannten „Dokumentationen“ immer wieder. Sie dienen häufig der Rechtfertigung denunziatorischer Beschreibungen.

Diese Tradition der Wahrnehmung ist ungebrochen. Im „Spiegel“ wurden Roma als „nonkonformistisches Nomadenvolk“ charakterisiert, das – so wörtlich – die „wohl am schwersten integrierbare aller Zuwanderergruppen“ sei.

Der Berliner „Tagesspiegel“ wusste im Frühjahr 1990, ohne die Zahlen belegen zu können, dass die Mehrheit der Flüchtlinge aus Rumänien, die sich um Asyl in der Bundesrepublik bewarben, Roma seien, und schürte damit Überfremdungsängste vor einer besonders gefürchteten Gruppe von Migranten.

Auch die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ brachte einen Beitrag. Unter dem Titel „Die Zigeuner sind da“ wurden stereotype Vorstellungen bedient und Ängste geschürt. Der rhetorischen Frage des Autorenteam „Was suchen sie hier?“ wurde als Antwort mit einem Zitat den Erwartungen des Publikums entsprochen: „Sie durchschwimmen Oder und Neiße, erhalten Kost und Logis in der Bundesrepublik, klauen trotz-



dem, betteln trotzdem, denn sie wissen, ihr Aufenthalt wird von kurzer Dauer sein. Und was sie haben, haben sie.“ Das war 1990.

2007 entstand mit Fördermitteln des Landes Hessen ein Film mit dem Titel „Zigeuner“, der vorgibt, Authentizität als Dokument, als Abbildung der Realität zu bieten. Der Film erhielt das Prädikat „wertvoll“, wurde zum „Dokumentarfilm des Monats September 2007“ hoch gepriesen, bei Filmfestivals gezeigt, im Frühjahr 2009 im Prestige-TV ARTE, im Oktober 2010 vom Hessischen Rundfunk ausgestrahlt.

Es handelt sich aber ganz eindeutig um die Inszenierung von Vorurteilen, deren Wirkung in der Stigmatisierung der Minderheit besteht. Der Film transportiert Stereotypen. Die Aufnahmen entstanden in slowakischen Roma-Siedlungen, die offenbar nach dem Grad des dort herrschenden und zu filmenden Elends ausgewählt wurden.

Der Film arbeitet mit drei Thesen. Erstens suggeriert er – wie schon der Titel –, dass die Angehörigen der Minderheit die Selbstbezeichnung „Zigeuner“ anstelle von Roma bevorzugen, zweitens, dass Stehlen diesem Volk wesensimmanent sei, drittens, dass deren ganz normales Alltagsleben dokumentiert würde.

Die Darstellung anonymer Elendssiedlungen wird verallgemeinert; mit dem pejorativen Topos „Klauen“, oder „Hundeessen“, Gewalt, Zügellosigkeit wird ein durchgängig negatives Bild gezeichnet, das mit dem Anspruch auf Authentizität auftritt, der durch die Ausstrahlung im elitären Kultursender und in der seriösen ARD-Anstalt bekräftigt wird. Die Proteste des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland sind von Rundfunkanstalten routiniert im üblichen Kanzleistil abgefedert worden. Wenigstens soll das Produkt nicht wieder ausgestrahlt werden, wurde versprochen. Der Film ist ein aktuelles Schulbeispiel für den Transport und die Fixierung von Ressentiments gegen eine Minderheit, lange nach dem Völkermord, dessen wir heute gedenken.

Beunruhigende Befunde erbrachte eine empirische Studie zur Situation von Kindern kosovarischer Roma in Deutschland und nach ihrer Rückführung in den Kosovo. Die Untersuchung wurde im Auftrag von UNICEF vom Zentrum für Antisemitismusforschung und einem internationalen Forscherteam Anfang des Jahres 2010 durchgeführt. Die Studie zeigt, dass dem Kindeswohl nicht Rechnung getragen wird, dass die Kinder und Jugendlichen in ihren Bildungschancen drastisch behindert sind. In der Folge der Abschiebung wird ein beträchtlicher Teil der aus der Bundesrepublik Deutschland Verjagten wieder in Deutschland erscheinen, das sie als ihre Heimat empfinden. Dort sind sie geboren, diese Sprache sprechen sie. Sie werden dann aber, wenn sie wieder-

kommen, von vornherein den Status von Illegalen, von Unerwünschten, von lästigen Zuwanderern haben.

Mit Aktionen – davon war schon die Rede – wie der Besetzung der KZ-Gedenkstätte Dachau brachten sich Sinti und Roma ab Ende der 70er Jahre in der Bundesrepublik ins Gespräch, setzten allmählich ihre Selbstbezeichnung statt des Begriffs „Zigeuner“ durch. Aus der Bürgerrechtsbewegung ging der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hervor, der als Interessenvertretung politisch ernst genommen wird und einen erheblichen Beitrag zur Bekämpfung des Antiziganismus leistet. Aber muss die Mehrheitsgesellschaft sich nicht dafür schämen, dass sie diese Arbeit der mentalen Bewältigung des Völkermords jetzt auch lange Zeit ausschließlich den Betroffenen, den Opfern überlassen hat und jetzt auch immer wieder Druck seitens der Opfer notwendig ist, dass die Mehrheit so reagiert, wie sie es von sich aus tun müsste?

Viele Anstrengungen zur Akzeptanz der Minderheit sind also noch erforderlich. Die Mehrheitsgesellschaft – das sind wir alle – ist aufgerufen, dem trauernden und ehrenden Gedenken der Opfer des Völkermords Taten folgen zu lassen, die eine noch immer anhaltende Diskriminierung beenden.

Ziel ist der Respekt vor der Minderheit und ihrer kulturellen Eigenart und die Anerkennung ihrer selbstverständlichen und uneingeschränkten Bürgerrechte.







## ANSPRACHE

### MINISTERPRÄSIDENT KURT BECK

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, verehrter Herr Professor Meyer für die Dritte Gewalt, verehrte Damen und Herren des Konsularischen Korps, liebe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Kirchen!

Mein besonderer Gruß gilt Ihnen, den Opfern des Holocaust, Ihren Nachfahren und denen, die Ihre Interessen vertreten. Ich grüße sehr herzlich Sie, lieber Herr Romani Rose, und Sie, lieber Jacques Delfeld, für die Sinti und Roma, die in Deutschland, in unserem Land, als unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger leben.

Ich grüße sehr herzlich Herrn Dr. Waldmann und Frau Schindler-Siegreich, die für die Menschen jüdischen Glaubens hier unter uns sind und mit uns daran arbeiten, das Schreckliche nie zu vergessen, aber auch neues jüdisches Leben in unserem Land zu ermöglichen.

Mein besonderer Gruß und Dank für das Hiersein gilt den Menschen, die selbst die Schrecknisse der Nazidiktatur und der Verfolgung und der schrecklichen Zeit in den Konzentrationslagern erleben mussten. Ihnen gilt unsere herzliche Bitte um Entschuldigung, aber auch unser tief empfundener Dank für die ausgestreckte Hand, wie es Herr Delfeld in seiner Rede formuliert hat.

Ich danke sehr herzlich auch Ihnen, verehrter Herr Professor Benz, der Sie uns unmissverständlich die geschichtlichen, aber auch die heutigen Hintergründe für Vorurteile und Stigmatisierung aufgezeigt haben und damit deutlich gemacht haben: Es gibt keinerlei Grund, nur in die Vergangenheit zu schauen, sondern Erinnern und entschlossenes Handeln in unserer Verantwortungszeit sind die beiden Seiten der gleichen Medaille.

Ich will auch Ihnen, lieber Herr Sahiti, und Ihren Musikerinnen und Musikern sehr herzlich danken. Das, was Sie uns hier geboten haben und bieten, ist nicht Umrahmung einer festlichen Erinnerung, es ist Teil dieser Erinnerungstunde und auf besonders eindrückliche und eindringliche Weise dargeboten. Herzlichen Dank dafür!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auch all denjenigen danken, die heute hier zusammengekommen sind, aber auch denen, die an anderer Stelle in unserem Land zu dieser Stunde oder im Laufe des Tages zusammen-

kommen, um diesem 67. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz zu gedenken. In vielen Städten und Kreisen unseres Landes finden solche Feierstunden statt. Das macht deutlich, dass dieser Gedenktag, den uns der frühere Bundespräsident Professor Herzog anempfohlen hat und den – vielen Dank, Herr Landtagspräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen – dieses Parlament hier aufgenommen hat genauso wie der Deutsche Bundestag und andere, auch seine Auswirkungen hat und seine Nachahmer im guten Sinne findet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bewegt immer wieder, wenn man sich in Erinnerung ruft, mit welcher furchtbaren Kälte und mit welcher schrecklicher bürokratischer, militärischer und pseudorechtlicher Vorgehensweise die Verbrechen geplant und durchgeführt worden sind. Wer die Protokolle der so genannten Wannsee-Konferenz vor 70 Jahren nachliest, dem wird diese Eiskälte geradezu körperlich bewusst. Die pseudorechtliche Absicherung erschreckt zutiefst. Sie macht aber auch zugleich deutlich, dass Recht und Menschlichkeit nicht nur durch eine Auslegung von Buchstaben, sondern durch das Empfinden, durch wirkliches Streben nach echter Gerechtigkeit bestimmt werden können und dass man Buchstaben missbrauchen kann, sie gegen Menschen, ja den Kerngehalt von Menschlichkeit richten kann.

Deshalb glaube ich, dass wir uns deutlich machen müssen, wie sehr in das Leben von einzelnen Menschen eingegriffen worden ist, damit wir auf der einen Seite die geschichtliche Gesamtdimension begreifen, aber auf der anderen Seite auch empfinden, was Menschen widerfahren ist, was ihnen durch die Nazidiktatur in unserem Land im Auftrag unseres Volkes angetan wurde. Deshalb ist es schon etwas Erschreckendes, wenn man daran erinnern muss, wie am 16. Mai

1940 mit bürokratischer Präzision der Abtransport von 2.500 Sinti und Roma in die Ghettos und Konzentrationslager auch hier in dieser Kulturstadt Mainz, in unserem Land Rheinland-Pfalz, vonstattenging und gnadenlos und in dieser Gnadenlosigkeit unendlich präzise dokumentiert worden ist, wie viele, woher und wann.

Diese Gnadenlosigkeit der Deportation hat sich fortgesetzt, indem man gemordet hat, systematisch und immer in einem noch schlimmeren Ausmaß sich steigernd. Es war wirklich erschütternd, wenn man gestern in der „ZEIT“ den Artikel über einen dieser Nazischergen gelesen hat, der Menschen in großer Zahl in Osteuropa hat ermorden lassen und dann Tagebuch geführt hat:

22.8.41 Aglona: Geistesranke: 269 Männer, 227 Frauen, 48 Kinder; addiert 544.

23.8.41 Panevezys: 1.312 Juden, 4.602 Jüdinnen, 1.609 Judentkinder; addiert 7.523.

Und so geht die Liste weiter Tag für Tag, und er saldiert dann diese Tage im August mit 16.152.

Ich glaube, wir müssen versuchen, immer wieder auch an diese, die Menschen berührende Seite zu erinnern, damit wir auch an die herankommen, die diese furchtbare Zeit zwischenzeitlich als irgendein geschichtliches Datum begreifen, das angeblich weit hinter uns liegt. Das scheint mir wichtig. Deshalb danke ich auch diesem Parlament und allen, die mitarbeiten und mitwirken, unserer Landeszentrale für Politische Bildung, Herrn Dr. Schiffmann und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Organisationen, die sich für die Gedenkarbeit einsetzen, unserem Bürgerbeauftragten, Die-

ter Burgard, der dies in ehrenamtlicher Weise mit anderen zusammen betreibt, und vielen Menschen in unserem Land, dass sie Gedenkarbeit und zugleich Informations- und Aufklärungsarbeit leisten, sei es in Hinzert, sei es im ehemaligen KZ Osthofen oder an anderer Stelle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will die Gelegenheit nutzen, unsere Schulen, all diejenigen, die mit Jugendarbeit zu tun haben, zu ermuntern, dass sie die Gelegenheit von Schulfahrten nutzen und solche Gedenkstätten besuchen. Es ist – davon bin ich überzeugt – das Eindrucksvollste, was man bei der Aufarbeitung dieser Phase unserer Geschichte jungen Menschen als Öffnung des Empfindens anbieten kann, an einer solchen Stätte gewesen zu sein und nicht irgendeinen Vortrag und irgendwelche Daten zu hören, sondern mit offenem Herzen und wachem Verstand diese Informationen zu erleben und – wie wir hoffen – auch richtig zu verarbeiten.

Ich glaube, dass es auch notwendig ist, dass wir, die wir Verantwortung im staatlichen Bereich haben, unsere Konsequenzen ziehen, indem wir die Aufklärungsarbeit unterstützen und nicht schwächen, sie nicht durch bürokratische Schwierigkeiten dort, wo sie aus der Mitte der Jugendarbeit heraus geschieht, erschweren. Ich glaube, dass wir auch neben diesem Wichtigsten, was wir tun können, nämlich aufklären, diskutieren, uns auseinandersetzen, jeder Diskriminierung mit Zivilcourage und dem Mut entgegentreten müssen, der oft auch dazugehört. Unser staatliches Handeln muss das begleiten. Wir müssen nämlich konsequent sein in der Verfolgung und in der Repressionsarbeit, die auch dazugehört, bis hin zu einer klaren und hoffentlich auch zügigen Aufarbeitung der Grundlagen um einen der Kernpunkte dieser Netze. Sie wollen solches Gedankengut heute wieder salon-

fähig machen. Sie konnten es bis hin zu schrecklichen verbrecherischen Auswüchsen treiben. Wir müssen einen dieser Kristallisationspunkte für die furchtbaren Fehlentwicklungen auch mit den Mitteln des Rechtsstaates angehen. Ich rede von einem konsequent und gut begründeten NPD-Verbot.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal auf das zurückkommen, was, glaube ich, mit das Wichtigste ist, nämlich Herz und Verstand in Kindern und Erwachsenen anzusprechen. Es gibt so viele Texte, es gibt so viele Erfahrungsberichte, die uns dazu helfen können, dass man dem nicht hilflos gegenübersteht. Ich will mit einem Zitat des Sinto Zoni Weisz schließen, einem Sinto, der aus den Niederlanden stammte.

Wörtlich: „Ich sah sofort, wo unsere Familie war. Mein Vater hatte den blauen Mantel meiner Schwester vor die Gitterstäbe des Viehwaggons gehängt, ich erkannte ihn sofort. Es war ein Mantel aus einem weichen blauen Stoff. Wenn ich die Augen schließe, spüre ich heute noch, wie herrlich weich sich der Mantel meiner Schwester anfühlte. Auch wir sollten mit auf diesen Transport nach Auschwitz gehen (...) Mit Hilfe eines ‚guten‘ Polizeibeamten, wahrscheinlich ein Mitglied der Widerstandsbewegung, ist es uns gelungen, der Deportation zu entgehen. Der Polizist hatte uns vorher eingeschärft: ‚Ich gebe euch ein Zeichen, dann lauft um euer Leben.‘ Hier stand der Zug nach Auschwitz: die Viehwaggons und darin meine ganze Familie. Auf der anderen Seite vom Bahnsteig stand ein normaler Personenzug. Als der Polizist seinen Hut abnahm, sind wir losgerannt und konnten in all dem Durcheinander auf den losfahrenden Personenzug aufspringen und so entkommen. Das letzte Bild, das ich vor mir sehe, ist der Zug nach Auschwitz auf dem anderen Bahngleis. (...) Mein Vater schrie voller Verzweiflung aus dem Viehwagon meiner

Tante zu: „(...), pass gut auf meinen Jungen auf“. Das war das Letzte, was ich von meinen Lieben sah.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche mir, dass bei heutigen Diskussionen und in der Auseinandersetzung mit den Neonazis solche Texte vorgelesen werden, um ihnen deutlich zu machen, es gibt keine Alternative zur Menschlichkeit. Lassen Sie uns deshalb diese Gedenkstunde zur Schärfung des Empfindens, zur Schärfung unseres Gewissens, aber auch als Aufruf zu entschlossenem Handeln nutzen.

Ich danke Ihnen auch namens des Herrn Landtagspräsidenten für Ihre Teilnahme. Nach einem Musikstück werden wir die Gelegenheit zu einer Begegnung im Foyer haben.







AUSSTELLUNG  
DER NATIONALSOZIALISTISCHE  
VÖLKERMORD  
AN DEN SINTI UND ROMA  
11. JANUAR BIS 3. FEBRUAR 2012  
IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ





## BEGRÜSSUNG

ANLÄSSLICH DER AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG IM  
FOYER DES LANDTAGS AM 11. JANUAR 2012

LANDTAGSVIZEPRÄSIDENT DR. BERNHARD BRAUN

Meine Damen und Herren, ich darf Sie im Landtag zur Eröffnung der Ausstellung mit dem Titel „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“ herzlich begrüßen. Wir hörten soeben das Romeo Franz Ensemble mit den Stücken „Hallelujah“ von Roby Losco und „Trauriger Sonntag“ von Reszö Serres. Vielen Dank, Herr Franz, Herr Schmidt, für den musikalischen Auftritt – es war ein wunderbarer Auftakt und eine wunderschöne Musik.

Ich möchte für die vielen Abgeordneten, die heute dankenswerterweise gekommen sind, meine Kollegin im Vorstand

Frau Vizepräsidentin Hannelore Klamm begrüßen sowie die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen und auch alle anderen Abgeordneten. Ich möchte Herrn Monsignore Mayer begrüßen, insbesondere aber auch diejenigen, die heute von der Ausstellung betroffen sind: den Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Sinti und Roma, Herrn Jacques Delfeld, schön, dass Sie da sind! Auch der stellvertretende Vorsitzende ist hier, Herr Romeo Franz, der uns eben mit der Musik beglückt hat. Besonders begrüßen möchte ich einen Überlebenden des KZ, Herrn Brühl. Wir freuen uns sehr, dass Sie unter uns sein können! Der Bürgerbeauftragte, Herr Burgard, zugleich Vorsitzender des Fördervereins der Gedenkstätte Hinzert, ist ebenfalls da, vielen Dank, dass Sie heute gekommen sind.

Meine Damen und Herren, vor 70 Jahren, im September 1942, unterzeichnete der Reichsminister der Justiz, Otto Georg Thierack, eine dürre Aktennotiz. Sie ordnete an, sogenannte „Sicherungsverwahrte“ Juden, „Zigeuner“, Russen und Ukrainer, Polen und Tschechen, die in KZ unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten wurden, der „Vernichtung durch Arbeit“ auszuliefern. Wenige Monate später, im Dezember 1942, besiegelte Himmler mit dem „Auschwitz-Erlass“ die Deportation aller im Deutschen Reich lebenden Roma, um sie als Minderheit komplett zu vernichten. Die Folgen beider Erlasse für die Minderheit, die seit über 600 Jahren in Europa lebt, waren verheerend: Rund eine halbe Million Sinti und Roma wurden europaweit ermordet, davon über 20.000 aus Deutschland.

Bis heute gehört dieser Völkermord an den Sinti und Roma infolge des nationalsozialistischen Rassenwahns zu den am wenigsten bekannten Verbrechen des NS-Regimes. Fast vierzig Jahre lang wurde er vergessen, verschwiegen und



verdrängt – auch hier in Rheinland-Pfalz. Bis es zu der Anerkennung der Opfer und zu einer Gedenkarbeit für Sinti und Roma kam, wie wir sie heute haben, war es ein weiter Weg. Ein Meilenstein auf diesem Weg war die Gründung des Landesverbands Rheinland-Pfalz der Sinti und Roma im Jahr 1983 in Landau. Das ist sehr wichtig, dass man mit ihm seither einen Partner hat, mit dem man die Wiedergutmachung weiter betreiben kann. Ein weiterer Meilenstein war die Rahmenvereinbarung, die das Land Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland im Sommer 2005 mit ihrem Landesverband getroffen hat. Die Vereinbarung hatte zum Ziel, die Minderheit der Sinti und Roma vor Diskriminierung zu schützen und ihre Sprache und Kultur zu fördern. In diesem Sinne möchte der rheinland-pfälzische Landtag heute nun erneut ein Zeichen setzen. Erstmals wird die Opfergruppe der Sinti und Roma bewusst in den Mittelpunkt der Veranstaltungen gestellt, die wir anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus durchführen.

Die Ausstellung, die wir heute eröffnen, stammt vom Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg. Von dort ist Herr Silvio Peritore zu uns gekommen, der uns nachher in die Ausstellung einführen wird – herzlich willkommen! Meine Damen und Herren, zu unserer Gedenkarbeit in diesem Jahr gehört auch das Konzert der Roma und Sinti Philharmoniker am 26. Januar in der Mainzer Kirche St. Bonifaz. Am Gedenktag selbst, am 27. Januar, werden sich Abgeordnete, die Mitglieder der Landesregierung und die geladenen Gäste hier im Deutschhaus zu der zentralen Gedenkveranstaltung des Landes versammeln. Auch hier stehen erstmals die Sinti und Roma im Mittelpunkt. Hauptredner werden sein: der Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz des Verbandes der Deutscher Sinti und Roma, Jacques Delfeld, sowie der langjährige Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, Dr. Wolfgang Benz.

Danken möchte ich an dieser Stelle den Abgeordnetenkollegen, die in einer Arbeitsgruppe des Ältestenrats den „Gedenktag“ vorbereitet haben, Herrn Alexander Fuhr, Herrn Thomas Günther und Herrn Nils Wiechmann. Wir brauchen auch im Landtag immer wieder Menschen, die sich speziell um dieser Veranstaltungen kümmern, und deswegen ist es schön, dass die Fraktionen hier immer im Konsens solche Veranstaltungen vorbereiten – vielen Dank dafür.

Meine Damen und Herren, die blanken Zahlen des Völkermords an den Sinti und Roma habe ich genannt. Diese Ausstellung aber beschreitet einen anderen Weg: Sie verleiht den Opfern Namen, sie gibt ihnen ihre Gesichter und ihre Geschichten zurück. Da sind zum einen die Familienbilder von Männern, Frauen und Kindern, Jungen wie Alten, die später in Auschwitz-Birkenau ermordet wurden. Da sind zum

anderen die Fotos von Deportationsmärschen und staatlichen Zwangsmaßnahmen, von denen ich eines herausgreifen möchte: Es zeigt eine Mitarbeiterin der sogenannten „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ in Berlin, die mit einem Zollstock den Kopf einer Sinti-Frau vermisst. Das Bild macht deutlich: Der Völkermord an den Sinti und Roma hatte eine Vorgeschichte. Ihm ging eine pseudowissenschaftliche, systematische – und selbstverständlich unfreiwillige – Erfassung der Sinti und Roma voraus. Die sogenannten „Rassegutachten“ wurden am Ende für einen Großteil der Menschen zum Todesurteil.

Dabei konnten die Nationalsozialisten bei der Vorbereitung des Genozids auf eine lange, allzu lange Tradition staatlicher Repressalien gegen die Minderheiten der Sinti und Roma im Kaiserreich und der Weimarer Republik zurückgreifen und für ihre mörderischen Zwecke umfunktionieren:

Es gab schon ab 1899 in München eine sogenannte „Zigeunerzentrale“. Sie erfasste die persönlichen Daten der Roma in Bayern und war somit auch für die damals bayerische Pfalz zuständig. Das sogenannte „Zigeunerbuch“ mit Namen, Geburtsorten, Staatsangehörigkeit und Berufen war sogar im Buchhandel erhältlich. Zwischen 1926 und 1933 haben alle Länder verfassungswidrige Gesetze eingeführt. Deren Ziel war es, die bürgerlichen Rechte der sogenannten „Zigeuner“ durch Ausweisungspflicht, Arbeitszwang und den Ausschluss von rechtsstaatlichen Verfahren zu beschneiden. Ab 1933 wurden Sinti und Roma schrittweise ausgegrenzt, entrechtet und verfolgt. Alle Maßnahmen gegen Juden wurden auch auf Sinti und Roma angewandt. Die sogenannte „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ führte ab 1936 in Berlin die zentrale Erfassung der Sinti und Roma weiter fort.

Meine Damen und Herren, bis heute tragen die Sinti und Roma wie unsere jüdischen Mitbürger diese schreckliche Last von Vertreibung und Völkermord. Der Leidensweg der Sinti und Roma in Deutschland war nach dem Dritten Reich jedoch keineswegs beendet. An den Schalthebeln der Behörden saßen oftmals dieselben Beamten wie in den Jahren der Diktatur. So wurde zum Beispiel die „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ nach dem Krieg erneut umbenannt. Sie führte in München bis in die 1980er Jahre als „Landfahrerzentrale“ ihre Tätigkeit fort. Man kann also sagen, dass eine Registrierung, eine Erfassung beinahe bis in die jüngste Vergangenheit weiter erfolgte. Viele Jahrzehnte lang waren Sinti und Roma als Opfer des Nationalsozialismus nicht anerkannt. Sie wurden kriminalisiert und waren weiterhin Diskriminierungen von Behörden ausgesetzt. Erst 1982 bekannte sich mit Helmut Schmidt erstmals ein Bundeskanzler dazu, die NS-Verbrechen an Sinti und Roma als rassistisch motivierten Völkermord anzuerkennen.

Für Politik und Gesellschaft verbindet sich mit dem Erinnern an den lange Zeit vergessenen Völkermord an den Sinti und Roma eine doppelte Aufgabe: Zum einen dürfen wir das hohe Gut des Rechtsstaates und der Demokratie nicht mehr aus den Händen geben. Die Geschichten der Menschen, die Sie in dieser Ausstellung sehen können, sind zudem Appelle zu mehr Zivilcourage, mehr Mut und mehr Demokratie. Wir dürfen nicht dulden, dass einzelne Bevölkerungsgruppen erneut rechtsextremistischen und rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind. Wir müssen wachsam bleiben. Nur wenn wir als Demokraten aktiv bleiben, werden wir unsere Demokratie auch für die Zukunft bewahren können.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass das Thema des vergessenen Völkermords an den Sinti und Roma weiter





aufgearbeitet wird und es zukünftig noch mehr Orte gibt, an denen wir ihrer Opfer gedenken können. Herr Delfeld, Sie leisten mit ihrem Landesverband Rheinland-Pfalz und seinen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen wichtigen Beitrag hierzu. Auch wir wollen mit dieser Ausstellung hier im Landtag unseren Teil dazu beitragen und wir hoffen, dass wir auf diese Weise Ihre Arbeit erfolgreich unterstützen können.





## EINFÜHRUNG IN DIE AUSSTELLUNG

SILVIO PERITORE

LEITER DES REFERATS DOKUMENTATION IM  
DOKUMENTATIONS- UND KULTURZENTRUM  
DEUTSCHER SINTI UND ROMA HEIDELBERG

Verehrte Anwesende,  
liebe Sinti, latscho Diwes,

ich freue mich, dass Sie alle so zahlreich erschienen sind. Ich möchte im Namen des Dokumentations- und Kulturzentrums deutscher Sinti und Roma zunächst einmal Dank aussprechen: Dank an den Landtag Rheinland-Pfalz, insbesondere an den Ältestenrat und an Landtagspräsident Mertes. Wir danken Ihnen dafür, dass Sie es ermöglicht haben, diese Ausstellung hier zu zeigen.



Ich danke Ihnen, Herrn Vizepräsident Braun, sehr herzlich für Ihre sehr fundierte Einführung, Sie haben sehr viel Wichtiges gesagt.

Ich danke den Musikern herzlich, Romeo Franz, Unge Schmidt, Sunny Franz und für das letzte Stück auch Reinhold Lagrene, der auch an dessen Konzeption beteiligt war.

Ich freue mich, dass Herr Brühl da ist. Als Überlebender des Holocaust wird er vielleicht nachher auch noch selber etwas über sein Schicksal sagen. Ich wurde vorhin darum gebeten, Sie nach meiner kurzen Einführung in die Thematik durch die Ausstellung zu führen. Wer von Ihnen Zeit und Interesse hat, ist dazu herzlich eingeladen.

Ebenfalls begrüßen möchte ich Herrn Professor Franz Hamburger. Er ist Mitglied des Kuratoriums im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma.

Dies ist etwa die 95. Station dieser transportablen Ausstellung in Deutschland seit 1998. Sie war bereits in mehreren Landtagen und Gedenkstätten zu sehen. Im Laufe dieser dreizehn Jahre hatten wir fast eine Million Besucher. Das ist erfreulich, denn wir wollen ein Bewusstsein schaffen, ein Bewusstsein für den lange verdrängten Völkermord an 500.000 Sinti und Roma.

Warum hat es so lange gedauert, bis dieser Völkermord in das öffentliche Bewusstsein gelangt ist? Sie, Herr Braun, sprachen es an – es lag einerseits an zahlreichen Kontinuitäten. An personellen Kontinuitäten in der Gesellschaft, die natürlich ein Interesse daran hatte, dieses Verbrechen zu verdrängen, weil sie selber darin verstrickt war. Diesem systematischen Völkermord, diesem Holocaust an den Sinti und Roma, ging ein sehr langer Prozess der Entrechtung, der Ausgrenzung, des Raubs und der Entwürdigung voraus.

Ich möchte an dieser Stelle an eine Aussage von Zoni Weisz erinnern. Zoni Weisz, ein niederländischer Überlebender des Holocaust, hat am 27. Januar 2011 als erster Sinto überhaupt die Gedenkansprache im Deutschen Bundestag gehalten. Er hat den Satz gesagt: „500.000 Sinti und Roma, Männer, Frauen und Kinder wurden Opfer des Holocaust. Nichts oder fast nichts hat die Gesellschaft daraus gelernt, sonst würde sie heute verantwortungsvoller mit uns umgehen.“ Dieser Satz benennt genau das, was diese Ausstellung als Ziel verfolgt: Durch das geschichtliche Bewusstsein, dass dieser Völkermord ein wesentliches Stück deutscher Geschichte ist, muss eine Verantwortung abgeleitet werden, die wir alle haben: Die Verantwortung für unser demokratisches Gemeinwesen, für unsere Werte und Normen, auf die wir durchaus stolz sein können. Sinti und Roma waren und sind Bürger dieses Landes. Sie sind seit über 600 Jahren hier beheimatet.

Diese Ausstellung, meine Damen und Herren, zeigt vor allem die Biografien der Menschen. Die Sinti und Roma als Bürger dieses Landes wurden genauso wie die Juden Opfer eines systematischen Prozesses der Vernichtung. In der Ausstellung haben wir ganz bewusst die Aussagen und Berichte unserer Menschen der Täterpropaganda entgegengesetzt. Die Täterdokumente hatten eines zum Ziel: die Verbrechen zu legitimieren, die Menschen, die man zu Opfern herabgewürdigt hat, zu diffamieren. Und diese Propagandamaschinerie hat funktioniert – im Dritten Reich und auch noch lange Zeit nach 1945. Auch noch lange nach dem Krieg hat sie die Gedanken und Meinungen vieler in Deutschland beeinflusst.

Die erste Ausstellungsstation war im Jahr 1998 der Magdeburger Dom. Bevor wir diese Ausstellung aber auf die Reise geschickt haben, hatten wir lange Jahre recherchiert. Wir haben in Archiven im Inland und im Ausland Quellen ausgewertet und Zeitzeugen befragt. Es waren aber leider nicht mehr viele Aussagen von Menschen vorhanden, vor allem nur wenige Bilder und Dokumente. So sehen Sie in dieser Ausstellung immer wieder auch Familienbilder aus der Zeit vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten. Diese Bilder zeigen unsere Menschen als integrierte Bürger, als Deutsche, die in allen Bereichen, in allen gesellschaftlichen Schichten beheimatet und in allen Berufsgruppen tätig waren. Sie stammten hier aus Süddeutschland und aus anderen Landesteilen von Deutschland. Sie waren dort fest verankert, verwurzelt und beheimatet.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten hörte das Zusammenleben zwischen deutschen Sinti und Roma und anderen Deutschen auf. Durch die Nürnberger Rassegesetze wurden Sinti und Roma systematisch entrechtet. Sie wurden aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens ausgegrenzt.

Sie wurden beraubt – nicht nur ihrer Würde, nicht nur ihrer Rechte – sondern auch ihres Eigentums, ihres Vermögens. Sie wurden systematisch erfasst und als „rassisch Minderwertige“ klassifiziert. Und die Rassentheorie, diese Pseudowissenschaft der Nazis, reichte so weit, dass sogar ein Achtel „Zigeunermischling“ als sogenannte „rassische Gefahr“ galt, der letztlich dem Völkermord zugeführt wurde. Etwa 30.000 deutsche Sinti und Roma lebten vor 1933 im Deutschen Reich. Nach 1945 kamen etwa 3.000 wieder zurück in ihre Heimat.

Sie kamen deshalb zurück, weil es ihre Heimat war. Sie hofften darauf, Verwandte und Freunde wieder zu treffen. Sie hatten sich aus den Augen verloren, weil sie den Leidensweg hatten gehen müssen und deportiert worden waren. Die wenigen, die zurückkamen, fanden – Sie haben es vorhin angesprochen – gerade in den Behörden sehr viele Täter vor. Zum Teil waren diese unmittelbar verstrickt in die Deportationen, in den Raub des Vermögens und in die Entrechtung. Dies führte bei vielen Sinti und Roma dazu, dass sie lange Zeit brauchten, bis sie an den demokratischen Rechtsstaat glauben konnten, weil sie nun erneut an den Rand gedrängt wurden.

Es gab Kontinuitäten der Personen, aber auch Kontinuitäten der noch immer vorherrschenden Ideologien. Es gab Diskriminierung durch Behörden, aber auch durch die Medien. Beide betrachteten und behandelten Sinti und Roma sehr pauschal, sehr undifferenziert. Erst allmählich, als Täter, wenn auch sehr schleppend, belangt wurden und als die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus begann, kamen auch Sinti und Roma zur Sprache. Vier Jahrzehnte lang hat die Wissenschaft sich für den Völkermord an den Sinti und Roma nicht interessiert und die Aussagen der

Zeitzeugen ignoriert. Sie hat sich vornehmlich auf Täterdokumente gestützt, die für das öffentliche Bewusstsein fatale Auswirkungen hatten.

Erst allmählich – auch durch die Arbeit des Zentralrats der Sinti und Roma, der seit fast dreißig Jahren besteht, und durch das Dokumentationszentrum als wissenschaftliche Facheinrichtung – erst allmählich ist ein neues Bewusstsein entstanden. Nach und nach wurde der Völkermord an den Sinti und Roma auch in den Gedenkstätten und den großen Ausstellungen ein Thema. Langsam findet an den Schulen, Universitäten und in den Gedenkstätten eine pädagogische Auseinandersetzung statt.

Meine Damen und Herren, heute, fast siebzig Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkriegs und des Holocaust fragt man sich natürlich, was haben wir noch damit zu tun? Diese Fragen werden uns oft gestellt. Die Ausstellung ist jedoch keine Schuldanklage an heutige Generationen. Sie macht aber sehr wohl die Schuld der damals verstrickten Täter und Mittäter deutlich. Sie versucht, den Menschen, den Opfern, nachträglich ein Stück weit ihre Würde zurückzugeben. Dazu haben wir die Opfer personalisiert, was uns sehr wichtig ist. Wir haben ihnen Name, Gesicht und Biografie gegeben.

Mit dieser Ausstellung wollen wir nicht nur erreichen, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Sondern wir wollen auch deutlich machen, dass Sinti und Roma normale Deutsche und Menschen aus anderen Heimatländern waren, in denen der Holocaust stattgefunden hat. Sie haben sich nichts zuschulden kommen lassen – außer, dass sie wie die Juden eben Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik waren. Diese Ausstellung macht die Unterschiede zwischen NS-Propaganda und Lebensrealität der Sinti und Roma, wie ich glaube,





sehr sichtbar. Diese Ausstellung spricht vor allem junge Menschen an, weil Sie hier sehr viele Biografien von Kindern und Jugendlichen sehen. Es sind Kinder, deren Leben man systematisch zerstört hat, die keine Perspektiven haben durften, die, wenn sie den Holocaust überlebt hatten, auch nach dem Krieg sehr große Schwierigkeiten hatten, hier in Deutschland Fuß zu fassen.

Und deshalb ist es so wichtig, anhand dieser Biografien für die Gegenwart und für die Zukunft Schlüsse zu ziehen. Diese Ausstellung soll also auch in die heutige Zeit Brücken bauen und Perspektiven eröffnen, wie wir würdig und verantwortungsbewusst mit unseren Mitmenschen umgehen, gleich welcher Herkunft. Das ist eine wichtige Zielsetzung dieser Ausstellung.

Nun möchte ich zum Thema Verantwortung kommen: Wenn wir heute über NS-Verbrechen sprechen, über den Holocaust und über Verantwortung, dann müssen wir uns die Frage

stellen, was wir vielleicht falsch gemacht haben, dass bei uns in Deutschland heute immer noch rechtsextremistische Parteien in Landtagen sitzen wie die NPD in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern. Dass in der Europäischen Union, in Ländern wie Ungarn, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien oder Tschechien die Sinti, Roma und Juden Opfer von Verfolgung von Rechtsextremisten sind, dass Morde geschehen, dass Pogrome und Übergriffe geschehen, dass Häuser angezündet werden, dass sogar Kinder erschossen werden.

Wie ist das kompatibel mit den demokratischen Werten, die wir aus der Erfahrung des Holocaust, aus der Erfahrung des Dritten Reiches und seiner Unmenschlichkeit heraus aufgebaut haben? Und wie kann es sein, dass rechtsextremistische Parteien von unseren Steuergeldern finanziert werden, während gerade in den Gedenkstätten, in denen dieses Thema an die jungen Generationen weitergegeben wird, gleichzeitig Programme, Projekte und pädagogische Arbeit immer mehr zurückgefahren werden?

Wir müssen uns alle die Frage stellen, was können wir tun, um dem Abhilfe zu schaffen? Was können wir tun, um das, was Verantwortung bedeutet, wie Zoni Weisz sie formuliert hat, auch tatsächlich umzusetzen? Ich denke, wir sind uns einig, dass wir alles dafür tun müssen, um Missstände zu beseitigen und um hier wieder Klarheit zu schaffen: Was ist unsere Vorstellung von Demokratie, von Wertegemeinschaft, von Würde, von Gleichberechtigung? – Und diese Werte müssen ohne Wenn und Aber auch für Sinti und Roma gelten in ganz Europa!

Gerade die momentane Situation in Europa erfüllt uns mit großer Sorge: Rechtsextremistische Parteien machen Propaganda; sie hetzen gegen Juden, gegen Roma, machen Wahl-



kampf, gewinnen Stimmen und dringen in Parlamente ein. Dass die Medienfreiheit und die Pressefreiheit abgeschafft werden, das ist ein Thema, das gerade in den letzten Tagen hierzulande sehr intensiv diskutiert wurde. In Ungarn und anderen Ländern wird systematisch Pressehetze betrieben. Zu den Opfern gehören die Roma, denen damit elementare Grundrechte verweigert werden. Das betrifft Bereiche wie Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung, aber auch die soziale und die öffentliche Sicherheit, und insofern sind sehr viele Sinti und Roma diesen Gefahren ausgesetzt.

Unsere politischen Organisationen – der Zentralrat oder auch Jacques Delfeld mit dem Landesverband der Sinti und Roma in Rheinland-Pfalz – machen seit vielen Jahren diese politische Arbeit, um unseren Anspruch zu formulieren und um letztlich Politik und Gesellschaft dazu zu bringen, auch Sinti und Roma als nationale Minderheit in Deutschland und als Teil dieser Gesellschaft anzuerkennen.

Heute leben schätzungsweise wieder 70.000 deutsche Sinti und Roma hier sowie mehrere 10.000 Roma aus den Staaten Ex-Jugoslawiens. Lassen Sie mich dazu noch ein Wort sagen: Wir empfinden es als skandalös, wie derzeit die Abschiebep Praxis der Bundesregierung gegenüber Roma aus Osteuropa, besonders aus dem Kosovo, stattfindet. Die Kanzlerin hat erst neulich in einem Besuch den Kosovo mehr oder minder anerkannt. Dort sind aber immer noch keine Grundlagen geschaffen, die Sinti und Roma ein Menschenleben in Würde, in Freiheit und in Sicherheit garantieren. Es wäre wichtig, vorher zu schauen, inwieweit der Minderheitenschutz und die Menschenrechte in den neuen Ländern der europäischen Union ernst genommen werden. Denn der Umgang mit Minderheiten ist aus meiner Sicht immer auch ein Prüfstein für die Stabilität einer Demokratie. Ich glaube, hier müssen alle noch ihre Hausaufgaben machen, um die Grundlagen zu schaffen, damit es Sinti und Roma besser geht.

Jetzt möchte ich noch einen kleinen Appell an die Öffentlichkeit loswerden. Ich hatte vor kurzem einen achtundachtzigjährigen Sinto interviewt, Reinhard Florian aus Aschaffenburg, der sich sehr lange und intensiv für das Denkmal für die Ermordung der Sinti und Roma in Berlin eingesetzt hat. Neulich war ich in Berlin und habe mir die Baustelle angesehen. Ich empfand den Zustand dieser Baustelle ein Stück weit als entwürdigend: Es wurde bislang kein Termin festgelegt, wann dieses Denkmal endlich eröffnet werden soll. Aber gerade die älteren Menschen, die Überlebende des Holocaust sind wie Herr Brühl, erwarten, bei der Eröffnung dabei sein zu können, um dadurch eine, wenn auch kleine, späte Genugtuung zu erfahren. Sie sehen, es gibt sehr viel zu tun. Ich hoffe, dass diese Ausstellung dazu beitragen kann, die Öffentlichkeit weiterhin zu sensibilisieren und zu informieren. Haben Sie vielen Dank.



KONZERT DER ROMA UND SINTI  
PHILHARMONIKER  
UNTER DER LEITUNG VON  
RICCARDO M. SAHITI  
AM 26. JANUAR 2012  
IN DER KIRCHE ST. BONIFAZ  
IN MAINZ





## BEGRÜSSUNG

### LANDTAGSVIZEPRÄSIDENTIN HANNELORE KLAMM

Sehr geehrter Pater Laurentius,  
sehr geehrter Herr Delfeld und sehr geehrter Herr Sahiti,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir möchten Sie heute in St. Bonifaz zu einem Konzert der Roma und Sinti Philharmoniker begrüßen. Es findet statt im Rahmen der Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Dazu begrüße ich Sie herzlichst.

Am 27. Januar des Jahres 2001 kamen viele Menschen zu einem Schweigemarsch entlang der Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz zusammen. Unter anderem führte der Marsch zu einem Gebäude, das sich hier ganz in der Nähe befindet: Äußerlich ist das Bauwerk auf der Kaiser-

straße mit der Nummer 31 ein wunderschön anzuschauendes Eckhaus aus der Gründerzeit; von innen ist es ein Ort des Schreckens: von 1933 bis 1945 war es der Sitz der Gestapo in Mainz.

Die Mainzer Gestapo verhaftete in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1940 104 Sinti und Roma, darunter zahlreiche kleine Kinder und sogar Säuglinge, zerrte sie aus ihren Wohnungen und brachte sie in das Polizeigefängnis auf der Klarastraße. Schon am Folgetag wurden sie in Konzentrationslager deportiert und so konnte die Gestapo im Mai 1940 in der Diktion der damaligen Ideologie stolz verkünden, Mainz sei „zigeunerfrei“.

Genau 60 Jahre danach, im Jahr 2000, hatten der Landesverband der Deutschen Sinti und Roma sowie der Landtag schon einmal mit einem Schweigemarsch an diesen Akt der Unmenschlichkeit erinnert.

Was mit Ausgrenzung begann, führte zur Deportation und schließlich zur Ermordung von Millionen von Menschen in den Konzentrationslagern.

Am morgigen Tag vor nunmehr 67 Jahren befreiten Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz. Seit 1996 wird daher der 27. Januar als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ begangen.

Bis heute steht Auschwitz symbolhaft für den Völkermord. Etwa eine Million Menschen wurden dort und in den dazugehörigen Außenlagern ermordet. Zu ihnen gehörten Juden aus ganz Europa, polnische Widerstandskämpfer und eben auch etwa 19.000 Sinti und Roma.



In diesem Jahr gedenken wir daher in den Veranstaltungen des Landtags insbesondere der 500.000 Opfer des nationalsozialistischen Regimes, die der Minderheit der Sinti und Roma angehörten und die als sogenannte „Zigeuner“ aus rassischen Gründen verfolgt und ermordet wurden.

Gerade die Musik spielt für die Kultur der Roma und Sinti eine zentrale Rolle, und so fühlen sich die Roma und Sinti Philharmoniker unter der Leitung des Dirigenten Riccardo M. Sahiti der Musik der Roma und Sinti besonders verpflichtet. Herrn Sahiti und sein aus vielen Teilen Europas zusammengekommenes Ensemble, für das es das erste Konzert in Rheinland-Pfalz ist, möchte ich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich Willkommen heißen.

Die Musik der Sinti und Roma inspiriert unsere Vorstellungen: Wir denken zum Beispiel an die traditionelle Roma-Musik Osteuropas, den Sinti-Jazz oder auch an bekannte klassische Werke wie Franz Liszts „Zigeunerweisen“.

Dieser musikalische Reichtum kommt auch im Programm des heutigen Abends zum Ausdruck: So werden uns die Roma und Sinti Philharmoniker beweisen, dass diese Art von Musik eben nicht auf Klischees reduziert werden kann, sie vielmehr mit ihren Traditionen auch die klassische Musik stark beeinflusst hat.

Der Blick auf die Minderheit der Sinti und Roma bleibt bis heute häufig durch Vorurteile verstellt, aber die Musik kann dazu beitragen, diese Vorurteile aufzubrechen. Musik kann so vielleicht sogar zum Schlüssel zu mehr Toleranz und einem gelingenden Miteinander werden. So wollen wir mit dem heutigen Konzert also nicht nur intensiver auf die reichhaltige traditionelle Kultur der Sinti und Roma blicken, sondern

uns auch die zahlreichen Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Kulturen verdeutlichen. Das Konzert soll somit ein Zeichen der Verbundenheit setzen: indem wir mit Musik gedenken und uns gemeinsam erinnern.

Meine Damen und Herren, einen besonderen Dank möchte ich im Namen des Landtags auch Pater Laurentius Höhn und Pater Diethard Zils, dem Dominikanerkloster und der Pfarrei St. Bonifaz aussprechen, die mit ihrer Unterstützung das Konzert in dieser Kirche ermöglicht haben. Auch für Ihre stets so engagierte Gedenkarbeit und die enge Zusammenarbeit mit dem Landtag möchte ich Ihnen meinen besonderen Dank aussprechen.

Danken möchte ich auch den Mitveranstaltern dieses Abends. Zunächst Herrn Jacques Delfeld, dem Vorsitzenden des Landesverbandes der Deutschen Sinti und Roma, der im Anschluss ebenfalls das Wort ergreifen wird. Ebenfalls danke ich der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur für die Förderung und Unterstützung dieses Konzertes.

Das Gedenken am heutigen Abend fordert uns zum Denken und Handeln im Heute auf und es geht darum, gegen Ungerechtigkeiten und für mehr Toleranz einzutreten.

Gerade heute ist dies besonders wichtig: In ganz Europa werden Sinti und Roma immer noch unverschuldet Opfer von Gewalt und Rechtsextremismus. Häufig ist von gewalttätigen Ausschreitungen in Ungarn, Tschechien, Bulgarien oder Italien zu hören, die sich gegen Angehörige der Minderheit der Sinti und Roma richten. In einem geeinten Europa müssen wir uns gemeinsam gegen solche Vorfälle wenden.



So wollen wir am Vorabend des „Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ gemeinsam erinnern, gedenken, aber eben auch nach vorn schauen in eine Zukunft, die vom Geist der Toleranz und des Zusammenhalts geprägt sein soll.





## GRUSSWORT

JACQUES DELFELD

VORSITZENDER DES VERBANDES DEUTSCHER SINTI  
UND ROMA – LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum heutigen Abend mit den Roma und Sinti Philharmonikern unter Leitung von Riccardo M. Sahiti heiße ich Sie ganz herzlich willkommen. Bevor wir gleich gemeinsam die wunderbare Musik hören, erlauben Sie mir noch einige Vorbemerkungen.

Dass die Roma und Sinti Philharmoniker vom Landtag Rheinland-Pfalz eingeladen wurden, anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus hier in Mainz zu spielen, ist nicht nur eine Ehre für die beteiligten Künstlerinnen und Künstler, sondern auch ein wichtiges Signal mit Blick auf die öffentliche Wahrnehmung unserer Minderheit, die allzu



oft von einer eindimensionalen und verzerrten Perspektive geprägt ist.

Mein Dank für diese Einladung gilt dem rheinland-pfälzischen Landtag, der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur und natürlich unseren heutigen Gastgebern, dem Dominikanerkloster und der Pfarrei St. Bonifaz.

Ziel unserer politischen Arbeit war neben der historischen Aufarbeitung des Holocaust an unseren Menschen – der auch die Auslöschung unserer Kultur zum Ziel hatte – immer auch, die kulturellen Beiträge unserer Minderheit stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Wir wollen sichtbar machen, dass Sinti und Roma seit vielen Jahrhunderten in den Staaten Europas beheimatet sind, dass sie die Geschichte und die Kultur ihrer jeweiligen Heimatländer in vielfältiger Weise bereichert haben. Dies gilt gerade auch für den Bereich der Musik.



So ist bis heute kaum bekannt, dass nicht nur die Werke von Franz Liszt oder Johannes Brahms, sondern auch die Komponisten der Wiener Klassik – insbesondere Haydn, Mozart und Beethoven – von der ungarischen Roma-Musik beeinflusst waren.

Der in Frankfurt ansässige Philharmonische Verein der Sinti und Roma und der Dirigent Riccardo M. Sahiti, mit dem mich schon eine langjährige Zusammenarbeit verbindet, haben sich zum Ziel gesetzt, solche Zusammenhänge aufzuzeigen und einem breiteren Publikum zu vermitteln. Dabei ist mir wichtig zu betonen, dass auch kulturelle Projekte wie dieses eine gesellschaftspolitische Dimension haben, indem sie das Bild unserer Minderheit nachhaltig verändern helfen und mit dazu beitragen, tief verwurzelte Klischees zu überwinden.

Umso mehr freue ich mich, dass die Roma und Sinti Kammerphilharmoniker heute Abend mit so herausragenden Solisten ein Programm mit Werken von Giacomo Puccini, Ciprian

Porumbescu, Kálmán Cséki, Béla Bartók und Pablo de Sarasate neben traditioneller Roma-Musik darbieten.

In einer Zeit, in der unsere Menschen in vielen Ländern Europas rassistischer Hetze und Gewalt ausgesetzt sind, ist es entscheidend, dass wir uns als Minderheit nicht verstecken, sondern dass wir die Möglichkeiten, die uns der demokratische Rechtsstaat bietet, dafür nutzen, um offensiv gegen Diskriminierung und Rassismus vorzugehen.

Der künstlerische Leiter der Roma und Sinti Philharmoniker, Herr Riccardo M. Sahiti, kam in den 1990er Jahren nach Deutschland. Seine persönliche Lebensgeschichte ist gezeichnet von den massiven rassistischen Übergriffen gegen Roma im ehemaligen Jugoslawien, wo er geboren wurde. Seine Studien zum Dirigenten absolvierte er in Moskau, Belgrad und Frankfurt.

Unsere Musik ist ein wichtiger Bestandteil unseres kulturellen Erbes, auf das wir stolz sind, und zugleich eine Brücke zur Mehrheitsgesellschaft, denn nur gemeinsam können Hass, Vorurteile und Menschenverachtung überwunden werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen und anregenden musikalischen Abend.



In der Schriftenreihe des Landtags sind bisher erschienen:

Heft 1

Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus  
Mainz 1998  
(vergriffen)

Heft 2

Privatisierung und parlamentarische Rechte  
Mainz 1998  
(vergriffen)

Heft 3

„Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure“  
1848 - eine europäische Revolution?  
Mainz 1998  
(vergriffen)

Heft 4

Parlamentsreform  
Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz  
Mainz 1998  
(vergriffen)

Heft 5

Sozialpolitik auf dem Prüfstand  
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung  
aus Anlaß der Tage der Forschung 1998  
Mainz 1998  
(vergriffen)

Heft 6

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus,  
Dokumentation der Veranstaltung am 27. Januar 1999  
Mainz 1999  
(vergriffen)

Heft 7

Kirche und Staat.  
Partner am Wendepunkt?  
Podiumsdiskussion  
Mainz 1999  
(vergriffen)

Heft 8

Gedenkveranstaltung  
zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges  
Mainz 1999  
(vergriffen)

Heft 9

Verfassungsreform

Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000

Mainz 2000

(vergriffen)

Heft 10

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer

des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000

Kinder und Jugendliche im Holocaust

Mainz 2000

(vergriffen)

Heft 11

Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich

Mainz 2000

(vergriffen)

Heft 12

Volk oder Parteien – wer ist der Souverän?

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 20. Juni 2000

Mainz 2000

(vergriffen)

Heft 13

Politik mit der Bibel?

Diskussionsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 14. Dezember 2000

Mainz 2001

(vergriffen)

Heft 14

Länderverfassungen im Bundesstaat

Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 19. Dezember 2000

Mainz 2001

(vergriffen)

Heft 15

Haushaltsreform und parlamentarisches Budgetrecht in Rheinland-Pfalz

Mainz 2001

(vergriffen)

Heft 16

Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz

Mainz 2001

(vergriffen)

Heft 17

Was kann, was darf der Mensch?

Symposium zu aktuellen Fragen der Bioethik

Mainz 2001

(vergriffen)

Heft 18

Verfassungsentwicklung in Europa nach Nizza:  
Die Rolle der Regionen  
Internationale Tagung in Trier am 7. und 8. Dezember 2001  
Mainz 2002  
(vergriffen)

Heft 19

Russlanddeutsche im Strafvollzug  
Anhörung der Strafvollzugskommission des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 29. Oktober 2002  
Mainz 2002  
(vergriffen)

Heft 20

Wider das Vergessen – Für die Demokratie  
Abgeordnete des Landtags im Dialog mit Schülerinnen und Schülern  
aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus  
am 27. Januar 2003  
Mainz 2003  
(vergriffen)

Heft 21

Streitfall Pflege  
Lösungsansätze und Perspektiven in Rheinland-Pfalz  
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 1. April 2003  
Mainz 2003  
(vergriffen)

Heft 22

Mit den Augen des Anderen  
Die jüdisch-arabische Verständigungsinitiative Givat Haviva  
Ausstellung und Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz  
am 3. Dezember 2003  
Mainz 2003  
(vergriffen)

Heft 23

„Einzig hoffe ich noch auf Buonaparte, der ein großer Mann ist!“  
Napoleons und Dalbergs Mainzer Treffen im September 1804  
Vortragsveranstaltung am 22. September 2004  
Mainz 2004  
(vergriffen)

Heft 24

Nahe am großen Krieg – Rheinpreußen und die Pfalz 1914  
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz  
am 29. September 2004  
Mainz 2004  
(vergriffen)

Heft 25

Nur freie Menschen haben ein Vaterland  
Georg Forster und die Mainzer Republik  
Vortragsveranstaltung  
Mainz 2004

Heft 26

Der 27. Januar – Zerfall – Wendepunkt – Hoffnung  
Gedenksitzung des Landtags Rheinland-Pfalz aus Anlass des  
Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2005  
Mainz 2005

Heft 27

20. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz 2004  
Dokumentation  
Mainz 2005

Heft 28

Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags Rheinland-Pfalz  
Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt  
im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005  
Mainz 2005  
(vergriffen)

Heft 29

Friedrich Schillers Politischer Blick  
Eine Veranstaltung in der Reihe „Literatur im Landtag“  
im Landtag Rheinland-Pfalz am 4. Oktober 2005  
Mainz 2006  
(vergriffen)

Heft 30

Christoph Grimm  
Reden 1991-2006  
Eine Auswahl aus der Amtszeit des rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten  
Mainz 2006

Heft 31

Die Präsidenten des Landtags 1946-2006  
Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten  
rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte  
Mainz 2006

Heft 32

Die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“  
und seine demokratische Entwicklung  
Eine Veranstaltung des Landtags und der  
Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Landesgründung  
am 30. August 2006 im Plenarsaal des Landtags in Mainz  
Mainz 2007

#### Heft 33

60 Jahre Parlament in Rheinland-Pfalz  
Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages  
der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung  
am 22. November 2006 im Stadttheater Koblenz  
Mainz 2007

#### Heft 34

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer  
des Nationalsozialismus 2007  
Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz  
Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz  
Mainz 2007  
(vergriffen)

#### Heft 35

„Packt an! Habt Zuversicht!“  
Über die Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz  
und seinen Beitrag zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland  
Mainz 2007

#### Heft 36

„Was bedeutet uns Hambach heute?“  
Podiumsdiskussion am 24. Mai 2007 und Präsentation  
des Sonderpostwertzeichens „175 Jahre Hambacher Fest“  
am 2. Mai 2007 im Landtag Rheinland-Pfalz  
Mainz 2007  
(vergriffen)

#### Heft 37

„(...) Den sittlich, religiösen, vaterländischen Geist der Nation zu heben (...)“  
Die Reformen des Freiherrn vom Stein  
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz  
am 13. September 2007  
Mainz 2007

#### Heft 38

„700 Jahre Wahl Balduins von Luxemburg zum Erzbischof von Trier“  
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 7. Dezember 2007 im Kurfürstlichen Palais in Trier  
Mainz 2008

#### Heft 39

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer  
des Nationalsozialismus 2008  
Plenarsitzung, Ausstellung und Lesung mit Musik  
im Landtag Rheinland-Pfalz  
Mainz 2008

Heft 40  
60 Jahre Israel –  
zwischen Existenzrecht und Existenzbedrohung  
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 5. Mai 2008  
Mainz 2008

Heft 41  
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens  
an die Opfer des Nationalsozialismus 2009  
Plenarsitzung im Pfalzkrankenhaus Klingenmünster,  
Ausstellung und Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz  
Mainz 2009

Heft 42  
60 Jahre Grundgesetz:  
Fundament geglückter Demokratie  
Festakt am 18. Mai 2009 im Landtag  
aus Anlass der Zustimmung des Landtags Rheinland-Pfalz zum Grundgesetz  
am 18. Mai 1949  
Mainz 2009

Heft 43  
Auswanderung nach Amerika  
Vortragsveranstaltungen zur Auswanderung aus Gebieten des  
heutigen Rheinland-Pfalz nach Brasilien am 10. Juli 2009  
und zur Auswanderung in die USA am 15. September 2009 im Landtag  
Mainz 2009

Heft 44  
Die Folgen des Klimawandels für Rheinland-Pfalz  
Aus der Arbeit der Enquete-Kommission „Klimawandel“ des Landtags  
Mainz 2010

Heft 45  
„Wir sind das Volk!“  
Freiheit, Einheit und Europa vom Hambacher Fest bis Heute  
Podiumsdiskussion am 6. Oktober 2009  
im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz  
Mainz 2010

Heft 46  
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens  
an die Opfer des Nationalsozialismus 2010  
Plenarsitzung und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz,  
Vortragsveranstaltung in Mainz  
Mainz 2010

Heft 47  
„Dass diese Entscheidung sich auswirken möge zum Wohl von Volk und Land“  
60 Jahre Hauptstadtbeschluss des Landtags  
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz, der Landesregierung und  
der Landeshauptstadt Mainz am 17. Mai 2010 im Plenarsaal des Landtags  
Mainz 2010

Heft 48

Auf einem guten Weg!

20 Jahre Deutsche Einheit – Rheinland-Pfalz

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 15. September 2010

Mainz 2011

Heft 49

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer

des Nationalsozialismus 2011

Plenarsitzung in der Synagoge der Jüdischen Gemeinde Mainz

Ausstellungen im Landtag Rheinland-Pfalz

Mainz 2011

Heft 50

Volksentscheide, Demokratie und Rechtsstaat

Das rheinland-pfälzische Reformprojekt

„mehr Bürgerbeteiligung wagen“

im Lichte schweizerischer und deutscher Erfahrungen.

Diskussionsveranstaltung in der Reihe „Partner im Dialog“

am 14. Juni 2011 im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz

Mainz 2011

Heft 51

Anfänge der modernen Demokratie in Mainz –

Das „Deutschhaus“ als Erinnerungsort

Vortrag im Landtag Rheinland-Pfalz am 9. August 2011

zum Abschluss der Reihe „Verborgen – Verloren –

Wiederentdeckt. Erinnerungsorte in Mainz von der

Antike bis zum 20. Jahrhundert“

Mainz 2011

Heft 52

„Kreuz – Rad – Löwe“

Vortragsveranstaltungen anlässlich der Autorentage des Projektes

„Handbuch der Geschichte von Rheinland-Pfalz“

am 24. April 2009 und am 17. September 2010

Mainz 2012

Heft 53

„Landauf – Landab“

Fünf Abgeordnete und 200 Jahre Demokratie- und Parlamentsgeschichte

Mainz 2012







LANDTAG  
RHEINLAND-PFALZ

